

Arbeiterstimme

Einzelnum. 10 Pfennig

Gedenkt unserer großen Toten Lenin, Luxemburg! Platz in die SPD!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: Im Quart monatlich 2,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-4 / Geschäftsstelle und Redaktion: Wilschuhstraße 2 / Fernsprecher: 17224 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18691
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Streikhande, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitage von 18 bis 19 Uhr juristische Streikhande

Anzeigenpreis: Die normal gebaltene Normalzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Samstagsanzeigen 0,20 RM, für die Restanzeigen entsprechend an den jeweiligen Zeit einer Zeile 1,50 RM, Anzeigenannahme nachmittags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-4, Wilschuhstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 23. Januar 1930

Nummer 19

Werktag

Morgen Freitag, den 24. Januar, 19.30 Uhr, im Ausstellungspalast / Karten im Vorverkauf 50 Pf. und an der Abendkasse 60 Pf., Erwerbslose (nur an der Abendkasse) 30 Pf.

Arbeiter schreiben über die Aufgaben des Landeskongresses

Kämpf gegen die kapitalistische Rationalisierungsoffensive!

Der Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition zeigt den Weg!

Dresden, 23. Januar.

Der am kommenden Sonnabend und Sonntag in Chemnitz stattfindende Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition wird im Zeichen der Herausforderung eines breiten Kampfes gegen die kapitalistische Rationalisierungsoffensive der Bourgeoisie stehen. Die zweite Nationalisierungsoffensive fordert besonders in Sachsen täglich neue Opfer. Massenentlassungen, Betriebsstillegungen, Kurzarbeit, steigende Erwerbslosigkeit, Lohnabbau und Verschärfung der Ausbeutung — das sind die Weichensteine, mit denen die Unternehmer und ihre wirtschaftsdemokratischen Gewerkschaftsführer den Weg zur „Förderung der eigenen Kapitalbildung“, zur „Entfaltung der Produktionskräfte“, zur „Erfüllung des Fünfjahresplanes“ pflastern. Es gibt fast keinen einzigen Betrieb mehr, dessen Belegschaft nicht täglich vor der Tatsache neuer Vorkämpfe der Unternehmer zur Steigerung der Ausbeutung steht. Täglich gehen bei uns Korrespondenzen der Arbeiter ein, in denen über die Rationalisierung und ihre Auswirkungen berichtet wird. Aus der Masse der uns zugehenden Briefe greifen wir nur folgende heraus: So berichtet uns ein Arbeiter aus der Chemischen Industrie über

Rationalisierungsmaßnahmen bei Heden, Radebeul (Arbeiterfortspendenz)

In der Chemischen Fabrik v. Heden u. Heden AG Radebeul wird eine Reihe von Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, durch die die Lage der Arbeiter gewaltig verschlechtert wird.

So wurden erst gestern 15 Frauen entlassen.

Diese Entlassungen sind direkte Folgen der Rationalisierung. Die gesamte Belegschaft bekommt jedoch auch die „Sperrungen“ des kapitalistischen Systems zu spüren. Während in der Fabrik die Arbeitszeit auf 4 Tage verfürzt wurde (natürlich ohne Lohnausgleich), muß die übrige Belegschaft abwechselnd 6 bzw. 4 Wochen auslegen. Die Firma bearbeitet die Entlassungen mit „Arbeitsmangel“. In der Belegschaft ist die Meinung allgemein verbreitet, daß viele Arbeiter nur der Unterstützung neuer Massenentlassungen halber die noch im Betrieb Verbleibenden lassen dann die Arbeit der Hinweggeworfenen mitmachen. Zur Erreichung dieses Zieles sind bereits Kontrollzettel eingeführt worden.

Jede Minute, die der Arbeiter im Betrieb ist, wird mit Hilfe der Zettel kontrolliert, um die Arbeitsleistung noch höher als bisher zu steigern.

Dabei muß festgestellt werden, daß die Löhne in der chemischen Industrie erbärmlich gering sind und nicht einmal zur Befriedigung der allernotwendigsten Bedürfnisse langen. So erhalten bei v. Heden im Durchschnitt die männlichen Arbeiter 36 Mark Wochenlohn und die weiblichen 24 Mark.

Trotz dieser Tatsachen hat sich die Belegschaft bisher noch nicht zu einem entschlossenen Kampf gegen die Rationalisierung entschlossen. An den Arbeitsplätzen ist die Empörung der Kollegen und Kolleginnen zwar sehr groß. Jeder fühlt an seinem eigenen Körper die wachsende Ausbeutung und das steigende Elend. So gibt daher, den Vorhören und Rationalisierungsmaßnahmen der Firma den geschlossenen Widerstand der Belegschaft entgegenzusetzen. Das kann die Belegschaft aber nur, wenn sie den Lehren der revolutionären Opposition folgt und sich unter ihrer Führung zu einer festen Einheitsfront zusammenschließt.

Nur die Rationalisierung in der Textilindustrie (Seiden- und eine Textilarbeiterin:

Die Hungeroffensive gegen die Textilarbeiter und -arbeiterinnen

Die Rationalisierungsmaßnahmen in der Gardinenfabrik Tobelt

Wie in allen Textilbetrieben, so werden auch in der Gardinenfabrik Tobelt die Textilarbeiterinnen auf das brutalste ausgebeutet. So konnten wir nur mit dem Mittel des Streiks einige Vorkämpfe der Unternehmer zurückweisen, die auch von uns einen Lohnabbau von über 30 Prozent forderten. Für Lohnabbaubewegungen haben wir im letzten Jahre zu verzeichnen. Und wir führen diese Bewegungen gegen den Willen der reformistischen Bürokratie und unseres reformistischen Betriebsrates.

Auch jetzt wieder soll der Hungerlohn der Textilarbeiterinnen in den Regionen um 30 Prozent gesenkt werden.

So wie die Hartmannsdorfer Kollegen und Kolleginnen sich einmütig gegen den Lohnabbau erhoben, so müssen auch wir geschlossen den neuen Angriff der Gardinenfabrik abwehren. Wir dürfen uns nicht noch mehr ausbeuten lassen. Wir müssen die Fellein des Kapitalismus sprengen und uns bessere Lebensbedingungen erkämpfen.

Im Zeichen des Severinggesetzes

Polizei überfällt eine Betriebsversammlung

Essen, 23. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die oppositionellen Betriebsräte der Zoll-Reinigungs-Schächte hatten für gestern eine Betriebsversammlung einberufen, in der Genosse Thälmann sprechen sollte. In dem Augenblick, als Genosse Thälmann mit ihmischen Kollaboranten begreift wurde, erschien ein Polizeioffizier und erklärte in provokatorischer Weise die Versammlung für geschlossen. Die Arbeiter quittierten mit höchstem Protest und verzögerten sich dieser unerhörten Forderung Folge zu leisten. Sie blieben geschlossen im Saal. Wenige Minuten später erschien plötzlich ein anderer Polizeioffizier, begleitet von einem Kollaboranten, das mit größter Rücksichtslosigkeit und Brutalität in die überfüllte Belegschaftsversammlung einbrach. Auf der Straße wurden später noch 6 Arbeiter verhaftet.

Eine ungeheure Erregung hat sich der Essener Arbeiterschaft über diesen Vorfall bemächtigt, der bereits klar zeigt, was kommen soll, wenn Severings Kommunistengesetz erst einmal angenommen ist.

Hausdurchsuchungen im KPD-Gebäude in Bremen

Bremen, 23. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

Im Parteibüro und in den Redaktionsräumen unserer Bremer Parteizentrale wurde von der Polizei eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Dabei wurden Schriftproben von jeder einzelnen Schreibröhre aufgenommen. Angeblich soll dadurch festgestellt werden, wer die Meldungen über die Vorhänge auf dem Kreuzer Embden verbreitet hat und wer der Verfasser eines Flugblattes, das in Bremen vor kurzem ausgegeben wurde, ist.

Polizeiterrror gegen die KPD-Bresse

Berlin, 23. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern in den frühen Morgenstunden wurde der Redakteur der Roten Fahne, Karl Gohlmann, aus dem Bett heraus verhaftet, und ohne daß irgendeine Anklage gegen ihn erhoben wurde, der Wache in des Polizeipräsidiums zugeführt. Die

Am 31. Dezember lief der Manteltarif für die sächsischen Textilindustrie ab. Zwei Monate vorher sollte er gekündigt werden. Zehntausende Erwerbslose liegen auf der Straße. Zehntausende weiterer Textilarbeiterinnen werden folgen. Wäre es hier nicht Pflicht des Verbandes gewesen, diesen Manteltarif zu kündigen und den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden pro Tag und die 40-Stunden-Woche unter gleichzeitiger Erhöhung der Stundenlöhne um 15 Pf. zu führen? Aber der Verband kündigte diesen Manteltarif nicht, genau so wenig wie er Schritte unternimmt, um den am 31. März abzulaufenden Lohnvertrag zu ändern. Freimüßig hat der Verbandsvorstand des Textilarbeiterverbandes der sächsischen Arbeitermode keine Zustimmung erteilt, und es ist eine stunde lang, wenn man im Verbandsorgan davon spricht, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter der Textilfabriken nicht mehr als 48 Stunden pro Woche arbeiten sollen.

Wie in früheren Jahren, so wird auch jetzt wieder die Textilarbeiterverbandsbürokratie zur Kasse gehen, doch man nicht kämpfen könne, da nur ein Drittel der Textilarbeiter organisiert ist. In der Gardine Dobrig waren im Jahre 1928 alle Arbeiter und Arbeiterinnen dem Textilarbeiterverbande angeschlossen. Heute sind allerdings nur noch 30 Prozent organisiert. Aber diese Pflicht der Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem Textilarbeiterverband ist die Folge der reformistischen Verbandsbürokratie. Jener Politik der Arbeitgemeinschaft und des Wirtschaftlichens mit dem Unternehmertum. Verrot hat die Textilarbeiterbürokratie an den Textilarbeitern verrot.

Seit dem Jahre 1927 haben die Arbeiter der sächsischen Textilindustrie keinen Pfennig Lohnsteigerung mehr erhalten.

Irrendem sich ihre Lebenslage durch die ungeheuren Preissteigerungen für alle Lebensmittel und Rohstoffe von Woche zu Woche verschlechtert.

Wir als revolutionäre Textilarbeiterinnen wissen, daß es falsch ist, aus den Gewerkschaften wegen des fortgeschrittenen

Verhaftung ist deshalb erfolgt, weil unter Genosse einige Tage verantwortlich für die Rote Fahne gerichtet hat. Sie ist um so unangeleglicher, als er dem Polizeipräsidium als verantwortlich geltender Redakteur seinen Namen und seine volle Adresse angegeben hatte. Bis jetzt ist Genosse Gohlmann noch nicht freigelassen worden, und die Abteilung 1a weigert sich, irgendeine Auskunft zu erteilen, mit der geringsten inhaltlichen Ausnahme, daß der Genosse noch nicht vernommen worden sei.

Kantkreuz-Mörder unter 3000 Schuß

Berlin, 23. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin I hat Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur der Roten Fahne, Genossen Hans Steinicke, wegen Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen, nämlich Körperverletzung, gestellt. Die Anklageschrift zitiert eine Reihe von Artikeln der Roten Fahne, in denen die Forderung ausgegeben wird: „Schlagt die Faschisten wo ihr sie trefft!“ Sogar die Ueberschriften: „Wacht den faschistischen Terror“ und „Kreuz mit den faschistischen Mördern“, sowie ein Artikel: „Kampfbereit! Generalappell der Antifaschisten“ wird als strafbare Handlung bezeichnet.

Während die Aufforderung der Roten Fahne: „Schlagt die Faschisten wo ihr sie trefft!“ unter Anklage gestellt wird, darf das faschistische Blatt Goepfels vom 20. Januar unbedrängt von der Staatsanwaltschaft, kreuzen: „Hier gibt es nur eins, Nacht zu sammeln, um viele Giftbrut im Rast-Vielnachts-Haus, an der nichts Menschliches mehr ist, detemist mit Stumpf und Stiel auszurotten auf die legale Welle, so wie man Ratten oder Wengeln vertilgt!“

Eine neue Provokation gegen die Arbeiter in Chemnitz

Die Chemnitzer Polizei hat die kommunistische Stadtbezirksnetz, die Genossin Erna Knott, eine Textilarbeiterin, unter dem Vorwand verhaftet, daß sie bei dem Hartmannsdorfer Liebesfall der Polizei auf die Arbeiter sich häufig gegen die Polizei, Soldaten gewehrt haben soll.

mittigen Terrates auszutreten, denn diese Nacht aus den Gewerkschaften ermöglicht der reformistischen Bürokratie, ihr Spiel mit den Textilarbeitern noch leichter und schändlicher freizugeben zu lassen. Wir fordern alle Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen auf, sich der revolutionären Gewerkschaftsopposition anzuschließen und mit dieser gemeinsam den Kampf gegen den Reformismus zu führen. Unser Ziel ist die Eroberung der Gewerkschaften als Klassenkampforganisationen des Proletariats.

Darum begrüßen wir Textilarbeiterinnen den Landeskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 25. und 26. Januar in Chemnitz, denn dieser Kongress wird der Kampfkongress des sächsischen Proletariats sein. Auf diesem Kongress wollen wir die Waffen schmeißen für die kommenden Kämpfe.

Diese beiden Arbeiterkorrespondenzen zeigen mit eindeutiger Klarheit, wie notwendig der Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung ist. Wie die Textilarbeiterin aus der Gardinenfabrik Dobritz ganz richtig feststellt, kann dieser Kampf jedoch niemals unter Führung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie durchgeführt werden, denn die Reformisten und Sozialfaschisten sind mit dem Kapital auf bedrohlich und Verderb verbunden, sie sitzen mit den Kapitalisten in den Koalitionsregierungen, sie fühlen sich wohl im Hause des Kapitalismus und müssen deshalb ihrerseits alles tun, um das Wohlbefinden des Kapitalismus sicher zu stellen. Die Reformisten können deshalb nur eins: Die Arbeiterschaft an der Aufnahme des Kampfes hindern und da, wo ihnen das nicht gelingt und die Arbeiter trotzdem in den Kampf eintreten, diese Kämpfe mit Hilfe ihrer Schlichtungsinstanz und „Tariftreue“ abwürgen. Die Arbeiterschaft kann deshalb einen erfolgreichen Kampf nur unter Führung der revolutionären Opposition durchführen. Die Kommunistische Partei und die revolutionäre Opposition legen den Arbeitern, daß es nur eine Kraft gibt, die die Hunger- und Nationalisierungsopfer der Unternehmer und der mit ihr verbündeten Gewerkschaftsbürokratie abwehren kann: Das ist der einheitliche und geschlossene Kampf der Arbeiter. In jedem Betrieb müssen die Belegschaften zu jedem Vorstoß des Unternehmers Stellung nehmen. Sie müssen dem Beispiel der Belegschaften einer Reihe Berliner Großbetriebe folgen und Kampfkomitees gegen die kapitalistische Nationalisierung bilden, die die Aufgabe haben, getragen vom Willen der Belegschaft, die Führung im Kampf zur Abwehr der kapitalisti-

chen Nationalisierung zu übernehmen. Neben der Schaffung solcher Kampfkomitees gegen die kapitalistische Nationalisierung müssen die Belegschaften heute schon dazu übergehen, die Voraussetzungen für die Wahl roter Betriebsräte in allen Betrieben zu schaffen. Es dürfen nur solche Kollegen gewählt werden, die sich verpflichten,

ohne Rücksicht auf die Interessen der kapitalistischen Profitwirtschaft die Interessen ihrer Kollegen zu vertreten. Die Wahl von Vertretern, die für den Kapitalismus sind, für den Feindpaß, für die kapitalistische Schlichtungsinstanz, für die Republikhüterei und alle Terrormaßnahmen des kapitalistischen Staatsapparates gegen die Arbeiterklasse ist unvereinbar mit den Interessen eines jeden Arbeiters. Die Arbeiterschaft muß sich in den Betrieben geschlossen um die Vorschläge der revolutionären Opposition sammeln und heute schon dazu übergehen, Wahlkassen für die organisatorischen und politischen Vorbereitung der Wahl roter Betriebsräte zu bilden. Der Kampf gegen die Nationalisierung kann sich jedoch nicht nur auf die Abwehr der Unternehmervorhölle beschränken. Er muß gleichzeitig als Offensivkampf geführt werden, als ein Kampf um die Festigung der Arbeitseigenen auf 7 Stunden pro Tag bei vollem Lohnausgleich, um eine Lohnsteigerung und um gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Dabei darf die Arbeiterschaft keinerlei Rücksicht nehmen auf die Tarifverträge, die die reformistischen Bürokraten, ohne die Arbeiterschaft vorher zu befragen, mit den Unternehmern oder den kapitalistischen Schlichtungsinstanzen abgeschlossen und verlängert haben. Die Unternehmer brechen durch ihre Ausbeutungs- und Treuerungsverträge die Tarifverträge täglich. Die Arbeiterschaft würde, wenn sie sich dem kapitalistisch-reformistischen Diktat beugen würde, sich freiwillig in die Knechtschaft ihrer Feinde begeben.

Der Landeskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition wird in der von uns angelegten Linie seine Beratungen durchführen und seine Beschlüsse fassen. Er muß ein Aufruf werden für den einheitlichen und geschlossenen Kampf der sächsischen Arbeiterschaft gegen ihre weitere Knechtung und Verelendung und für die Verbesserung ihrer Lage.

In allen Betrieben gilt es deshalb, noch heute und morgen zu dem Kongress Stellung zu nehmen, Delegierte zu entsenden und die geschlossene Kampffront der Arbeiterschaft unter Führung der revolutionären Opposition herzustellen.

Schwere Zusammenstöße in Polen

Polizei überfällt Arbeitslosenunterstützungen
2 Tote, viele Verletzte

Warschau, 23. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

In Polen fanden in vielen Orten gewaltige Zusammenstöße zwischen den Arbeitslosen und der Polizei statt. Die Polizei versuchte, die Zusammenstöße auseinander zu sprengen, ließ aber überall auf erbitterten Widerstand. In zwei Ortschaften des Kreises Krasna schloß ein Polizeitrupp sofort scharf. 2 Tote, 1 Schwerverletzter und 7 Leichtverletzte blieben auf der Straße. Die unehrer empörten Arbeiter stürzten sich auf die Polizeibeamten. Ein Polizeikommissar und zwei Polizeibeamte wurden verletzt. Der Polizeitrupp mußte sich in ein Gebäude zurückziehen, wo er sich verschanzte und Verstärkung abwartete. Erst einer großen Polizeilübermacht gelang es, 14 verhaftete Arbeiter, darunter einen Verwundeten, abzuführen. In Sosnowice veranstalteten die Arbeitslosen ebenfalls eine Demonstration, die die Polizei niederschlagen versuchte. 7 Arbeiter wurden verhaftet. Ähnliche Vorgänge werden aus den Ortschaften bei Lodz gemeldet. In Graudenz griffen etwa 700 Arbeitslose das Magistratsgebäude mit Steinwürfen an. Als die Polizei von der Waffe Gebrauch machte, wurde ein Arbeitsloser verwundet. Die Arbeiter drangen darauf auf die Polizei ein und verletzten mehrere schwer.

„Forderungen“ ist das Bestreben, die neue Offensive sozialpolitischer Reaktion einzuleiten. Und wenn nun noch gegen die Kreditbeschränkung für Gemeindeforderungen polemisiert wird, so ist das nichts weiter als ein Versuch, die Verantwortung für den finanzpolitischen Kurs der Republik abzuschieben auf Schacht. Das ist ein vergebliches Beginnen.

Der Agent des Hauses Morgan existiert nur auf Grund der sozialdemokratischen Politik.

Die Koalitionspolitik dient den Interessen der Kapitalisten. Sie wird aber für den Bestand der SPD gefährlich. Seinem, Bödel und Co. forderten bereits: „Macht Schluss mit der Koalition!“ Die „Linken“ wollen in „Opposition“ gehen, um durch einige parlamentarische Maßnahmen die Massen zu täuschen. Aber auch in Sachen leisten sie praktisch dieselbe Arbeit für die Ausbeuter. Wie vielen bereits auf die Forderung Arbeits als Fraktionsredner der SPD im Landtag hin bei der Beratung der wirtschaftlichen Lage Sachjens. Dort wurde ganz klar gesagt, daß die SPD verhärtete Kapitalbildung fordert.

eine Forderung also nach erhöhter Ausbeutung der Arbeitervmassen. Wenn das Sächsische Volksblatt schreibt:

Um die so oft geforderte

Ingangnahme unserer Wirtschaft

zu erreichen, ist aber auch nötig, daß den Gemeindeforderungen eine größere Bewegungsfreiheit und größere Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Betätigung gegeben wird

so ist klar betont, daß die kapitalistischen Interessen die Grundlage des Programms sind. Denn die kapitalistische Wirtschaft ist nicht die Wirtschaft der Proletariat. Dieser kapitalistischen Wirtschaft sollen aber auch die Gemeindebetriebe ausgeliefert werden.

Dieser „Weg aus dem Elend“ ist in Wirklichkeit der „Weg ins Elend“ für die Arbeiter, ein Programm zur schamlosesten Massenverelendung, wie es Morgan benötigt. Die Massen müssen gegen diese sozialfaschistischen Halunken mobilisiert, das demagogische Programm aber muß gebrandmarkt werden als ein Betrug am sächsischen Proletariat, um mit „linken“ Phrasen Morgans Kontrast zu sichern, weil das Republikanische Severings allein nicht genügt.

Unter Morgans Banner

Der neueste Betrug der „linken“ SPD

Dresden, 23. Januar.

Die sächsische SPD-Prese veröffentlicht ein „Kampfsprogramm“ unter der verlogenen Überschrift „Der Weg aus dem Elend“, um die empörten Arbeitermassen mit verlogenen Versprechungen zu beruhigen. Der Text ist von der SPD so oft praktiziert worden, daß die Arbeiter nicht darauf hereinfallen dürfen. Diese demagogischen „Vorschläge der sächsischen Sozialdemokratie zur Finanz- und Steuerreform“ sind nichts als ein Anglistprodukt vor der nachstehenden Erkenntnis der sächsischen Arbeitermassen. Aber selbst der unbefangene Leser dieses schändlichen Rahmentextes wird sofort die ganze Demagogie dieser Vorschläge erkennen.

Kein Wort von Lohnsteigerung! Kein Wort von Arbeitszeitverkürzung! Kein Wort über Erhöhung der Unterstützung für Erwerbslose, Kriegsbeschädigte, Sozialrentner, die Kerkern der Armen! Kein Wort gegen die mörderische kapitalistische Nationalisierung!

Das ist Beweis genug, daß diese Kampftrug der Arbeiter bewußt umgangen werden, um dem Trübsal Kapital so die Möglichkeit zu geben, den Massen das Heiß widerstandslos über die Ohren zu gießen.

Wenn in dem Kommentar der sächsischen SPD-Prese von „positiven Forderungen“, für die die Reichstagsfraktion die Massen „mobilisieren“ soll, gesprochen wird, so zeigt ein Blick auf diese „positive“ Seite, daß

nichts anderes als die gefälschte Durchführung des Youngplans gefordert wird.

Das wird jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sofort erkennen, wenn die wichtigste Forderung lautet, daß

„der Etat des Reiches unbedingt ins Gleichgewicht gebracht wird.“

Das ist die Forderung der Sanitiers und Trübsalge waktigen seit Jahren. Der Haushalt der Trauerrepublik im Gleichgewicht bedeutet unbedingte Sicherung der Unterdrückung des Proletariats durch den kapitalistischen Staat, Polizeiparapparat, Justizmaschinerie und die Reichswehr. Wer für den Youngplan und Gleichgewicht des Etats in der kapitalistischen Republik kämpft, muß gegen die Arbeitermassen kämpfen und nichts anderes bedeutet dieses „Programm“ der linken SPD. Besonders beachtenswert für die „linke“ Demagogie ist die Aufzählung folgender, oft vorgebrachter Agitationsphrasen:

„Sowohl Mehreinnahmen zum Ausgleich des Haushaltsplanes nötig sind, können sie ohne Neubelastung geschaffen werden:

- durch Offenlegung der Steuerlisten,
- durch beschleunigte Eingehung der Steuerrückstände,
- durch wesentliche Verschärfung der Erbschaftsteuer,
- durch Aufhebung der Steuerfreiheit für Spekulationsgewinne,
- durch Herabsetzung der Grenze der Besteuerung des Einkommens nach dem Verbrauch (jetzt 15 000 RM) auf mindestens 8000 RM und durch strengere Anwendung der Besteuerungsgrundlagen,
- durch Ausbau des Branntweinmonopols und durch Einführung von weiteren Staatsmonopolen (Zigarettenmonopol u. s. m.).“

Erst vor wenigen Wochen stimmte die SPD im Reichstag geschlossen für das Kreditprogramm des Trübsal Kapitals, und wenn das fähigste „Aufrechter“ vor der Abstimmung ausrief, um seine klare Farbe bekennen zu müssen, so charakterisiert das nur ihre Feigheit. Entscheidend ist aber, daß die heutige Finanzpolitik des Reiches von der SPD verantwortlich gezeichnet wird und die „linke“ Opposition sich lediglich dasereen wandte, daß die Arbeiterinteressen so offen von der SPD mit Füßen getreten wurden. Ganz klar ist, daß Mehreinnahmen des Reiches nur auf Kosten der Massen erfolgen können. Denn kaum ein Arbeiter wird den „linken“ Betrugern glauben, daß die Trübsalmoneten auch nur die geringste Belastung bilden.

Die Steuerrückstände und die Steuerhinterziehungen sind von Silberding ausdrücklich begünstigt, und bei der Reichsanleihe im vorigen Jahre ist den Zeichnern der Anleihe ausdrücklich Steuerfreiheit mit Zustimmung der SPD zugesichert. Der Versuch der „Linken“, von diesem Verbrechen abzulenken, wird keinen Erfolg haben. Die SPD trägt die volle Verantwortung dafür. Der Gipfel der Demagogie ist zweifellos folgende Stelle des Kampfsprogramms:

„Dagegen ist eine Herabminderung der Massenbelastung unbedingt erforderlich. Zur Entlastung der Massen wird in erster Linie die Herabsetzung der Zölle und Verbrauchsabgaben gefordert. Der Sozialstaat darf nicht abgebaut, sondern muß ausgebaut werden. Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit müssen sofort getroffen werden.“

Koch ist die sozialdemokratische Unterföhrer unter den Jostern an den Massen nicht trocken, vor wenigen Tagen erst verteidigte die „linke“ Toni Sander in dieser selben SPD-Freie die Zölle als „Erlös“ der Sozialdemokratie. Und jetzt dieses Pamentos! Es ist ein Zeichen der Empörung unter den sozialdemokratischen Arbeitern, die in immer wachsender Zahl zur kommunistischen Partei fliehen. Wenn auch ein Willkür „Sozialstaat“ die Forderung des Ausbaus geltend wird, so weiß der letzte Arbeiter, daß gerade diese Lippenbünde in den sozialdemokratischen Reaktionsbüros mit allen Mitteln für den Abbau der Erwerbslosenunterstützung kämpfte. Und der wirkliche Hintergrund dieser sozialpolitischen

„Linke“ SOS-Rufe

Die Empörung in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter über die Verteilung des Arbeitermordes in Hartmannsdorf durch die sozialfaschistische Partei und ihre Freie wächter. Sie beginnt, den Arbeit, Bödel und Sander unter den Regeln zu brechen. Deshalb veröffentlicht der Landesauschuss der SPD im Anschlag an das betrügerische „Kampfsprogramm“ einen weiteren Aufruf unter dem Titel: „Gegen die Demagogie der Kommunisten“. In diesem Aufruf wird als neue Entdeckung und Weisheit den sozialdemokratischen Anhängern erklärt, daß durch die Zusammenschließung der drei bisher selbständigen SPD-Bezirke in Sachsen zu einem Bezirk „eine innere offene Kampfstellung gegen die Sozialdemokraten“ bezogen worden sei. Das läßt sich allerdings nicht länger verheimlichen. Wie geben gern zu, daß die wachsenden Erfolge, die die kommunistische Partei in den letzten Wochen in Sachsen zu verzeichnen hat, sowohl in Bezug auf die Entwicklung ihrer Mitgliederbewegung, der Zahl ihrer Abkommen und ihres Einflusses in den Arbeitermassen, den linken Betrugern ernsthaften Sorgen bereitet. Die „linke“ (Keine meine Seele!) des Landesparteiausschusses der SPD, die in dem Aufruf ausgesprochen werden, sind sehr verständlich. Aber auch die alte Rolle, daß die Kommunisten „Beißer der Reaktion“ seien, wird seinen Hund hinter dem Ofen betroselnden, umal die verkäuflichen Massen die Schandtat der Silberding, Severing, Wisell, Grzejanski und ihrer „linken“ Abieger in Sachsen noch in trübster Erinnerung haben.

Towohl, ihr Herrschaften, unsere Politik zur Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen die Hunger- und Ausplünderungspolitik der deutschen Bourgeoisie ist gleichzeitig eine Politik der schärfsten Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie, mit deren Hilfe das deutsche Trübsal Kapital keine Politik durchführt. Der Vorkurs der kommunistischen Partei, das Wachstum des Einflusses der revolutionären Gewerkschaftsopposition wird den „linken“ Herrscholten wohl noch öfters Verantwortung zu neuen SOS-Rufen geben.

Die Opposition marschiert

In der Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes Kadeberg verlangte die Opposition, daß der Genosse Wächter, welcher wegen Teilnahme an der Reichstagsfraktion der Gewerkschaftsopposition ausgeschlossen wurde, in der Generalversammlung sprechen sollte. Die Sozialfaschisten verhinderten die Abstimmung über diesen Antrag. Nach einer längeren Auseinandersetzung über die Sachkommission der Gewerkschaftsopposition wurde die Wahl des Vorstands vorgenommen. Die Opposition schlug den Kollegen Wilsa Brühner an Stelle des ausgeschlossenen Kollegen Wächter vor. Die Sozialfaschisten machten ebenfalls Vorschläge. Kollege Brühner wurde mit Mehrheit gewählt. Der Sozialfaschist Perhus, zweiter Bevollmächtigter, erklärte, daß eine Beteiligung durch den Hauptvorstand nicht in Frage kommt, da Genosse Brühner der Opposition angehört. Die Opposition forderte die Kollegen auf, an der oppositionellen Verammlung der Fabrikarbeiter teilzunehmen. Ruhest mit den Sozialfaschisten ab! Wächter Delegierte zum Landeskongress!

3250000 Erwerbslose im Reich

Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist in der Woche vom 13. bis 18. Januar 1930 in allen Landesarbeitslosenbüros ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosen festgestellt. Allein in

Brandenburg haben sich 20 000 Arbeitsuchende neu gemeldet. In den Bezirken Schlesien, Brandenburg, Sachsen und Hessen sind die Erwerbslosenziffern bedeutend höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Nach den bisherigen Formeldungen der Landesarbeitsämter waren am 15. Januar 2 000 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenversicherung. Dazu kommen noch über 200 000 Unterstützte in der Krankenversicherung. Gegenüber Mitte Dezember 1929 ist die Zahl der Unterstützungsempfänger um rund 622 000 gestiegen!

Die Zahlen der Nichtunterstützten werden nicht gemeldet. Sie sind nach den bisherigen Feststellungen auf rund 1 Million zu veranschlagen, so daß sich eine Gesamtzahl von 3 1/2 Millionen Erwerbslosen Mitte Januar ergibt.

Die Arbeiter demonstrieren trotz Verbot!

Den aus allen Teilen des Reiches einlaufenden Berichten von den mit hochbeweislichem Eifer durchgeführten Demonstrationen der Arbeiter gegen das Demonstrationsverbot des Sozialfaschisten Erzejinski entnehmen wir für heute folgendes:

Wie eine Mauer ständen die Proleten bei der Erwerbslosen Demonstration in Schneidemühl. Die Polizei wurde von einem Volkseinsatzmann in Zivil angehenert, aber der Erfolg war, daß nicht die Demonstration auseinandergetrieben, sondern daß von den Demonstranten die politische Postenreihe mehrmals gesprengt wurde. Als die Brutalität der Schupo sich auch an den Hausfrauen und Arbeitern ausließ, mußte mancher Schupo dafür Schläge von Proletenfüßen einstecken. Trotz der ununterbrochenen Gummiknüppelattacken hielten die Proleten wie eine Mauer. Die Polizei jedoch ergriff regelrecht die Vorkriegsmethoden, das Panzerauto wurde aus dem Schuppen geholt und „dienstfertig“ gemacht, das Hauptpostamt wurde von Kriminalpolizei besetzt, der gesamte Telefons- und Telegraphenverkehr überwacht. Daß es zu keinem Blutbad kam, ist lediglich der Disziplin der Demonstranten zu verdanken.

Trotz Verbot demonstrieren die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter gemeinsam gegen die Verhängung des Belagerungszustandes in Glogau (Schlesien). Die mit dem Gummiknüppel entgegenkommende Polizei brachte es nicht fertig, die Kolonnen zu sprengen, und auch ihr Versuch, die Führer der Demonstration zu verhaften, scheiterte an der energischen Gegenwehr der Arbeiter.

Gummiknüppel und Verhaftungen hinderten die Demonstration nicht, die die halberkädier Arbeiter gegen das sozialfaschistische Gewaltregime Erzejinski durchführten. Als die Polizei ein Transparent beschlagnahmte wollte, verweigerten die Arbeiter ihr Eigentum so tapfer, daß die Polizei davon Abstand nehmen mußte.

Schacht als Agent Morgans

Der bekannte Brief, den Schacht für die Haager Konferenz an den Vorsitzenden des Organisationskomitees, Kannold, schrieb, ist bisher noch nicht in seinem vollen Wortlaut veröffentlicht worden. Das hat seinen Grund darin, daß, wie jetzt ein Teil der bürgerlichen Presse enthüllt, aus dem Schachtbrief selbst hervorgeht, daß er im Auftrag John Pierpont Morgans geschrieben wurde. Schacht zitiert sogar den entsprechenden Brief Morgans im Wortlaut.

Wer treibt Demagogie?

Wie die Eisenbahnerbürokratie die Eisenbahner beschwindelt

Die Entlassung von 40 000 Eisenbahnern zugegeben / Das Lügenreptil vom Weillnerplatz windet sich / Die Antwort: Wahl von Delegierten zum Landeskongreß der Gewerkschaftsopposition in Chemnitz!

Würden die Lügen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und der sozialdemokratischen Presse Gestalt annehmen, so müßte die ganze Bevölkerung mit Gasmasken versehen werden. Dies beweist der Artikel in der Dresdener Volkszeitung Nr. 19 vom 22. Januar „Trotz den Eisenbahnerentlassungen?“ So viel Worte so viel Lügen. Die Arbeiterstimme brachte in ihrer Ausgabe vom Dienstag die Mitteilung, daß bei der Reichsbahn 40 000 Zeitarbeiter entlassen werden. Diese Mitteilung wird von der Parteizentrale am Weillnerplatz als Demagogie bezeichnet.

Wer treibt nun Demagogie?

In einem Erlass der Hauptverwaltung des Deutschen Reichsbahns AG vom Ende Dezember 1929 wird erklärt, daß auf den Güterbahnen und Umfahrsstellen auf volkswirtschaftlichem Wege die Rationalisierung durchgeführt werden müsse und daß die einzelnen Direktionen verpflichtet sind umgehend Vorkehrungen zu machen, wodurch Arbeiter eingestellt werden können. Gleichzeitig wird in dem Erlass angedeutet, daß alle Zeitarbeiter sofort zur Entlassung kommen sollen.

In dem ergänzenden Erlass der Reichsbahndirektion Dresden der im Einvernehmen mit dem Bezirksbeamten- und dem Betriebsrat am 10. Januar an alle Dienststellen herausgegeben wurde wird die Verordnung der Entlassungen wiederholt. So heißt dort:

„Ermittliche etwa noch vorhandene Ausschüßkräfte sind unter Einhaltung der vorgeschriebenen Abfertigungsfristens sofort zu entlassen.“

Mit Hilfe der künftigen Kräfte sind in erster Linie etwa noch vorhandene Hilfskräfte aus dem Vorjahr zu beschäftigen. Ist dies geschehen, so ist, um Entlassungen so lange als möglich zu vermeiden, in möglichstem Maße einer Urlaub zu erteilen.“

Die Volkszeitung erklärt nun in ihrem Bericht über die Funktionärerversammlung des Einheitsverbandes, Ortsverwaltung Dresden, daß es nicht wahr sei, daß 40 000 Eisenbahner entlassen würden.

Die Zeit- und Ausschüßarbeiter seien vielmehr zum größten Teil schon im November und Dezember des letzten Jahres entlassen worden.

Die Reformisten verschweigen aber, wie hoch die Entlassungen waren. Der Bericht der Reichsbahnhauptverwaltung heißt jetzt, daß der

Personalbestand im November 1929 706 348 Köpfe betrug, gegen 738 189 Köpfe im Oktober 1929.

Also in einem Monat Abbau von 29 818 Arbeitern

Ein glattes Eingeständnis, daß unsere Angaben der Wahrheit entsprechen. Aber die bis jetzt vorgenommenen Entlassungen, die Abbau der Rationalisierung der reformistischen Bürokratie, dem geringen der Reichsbahnhauptverwaltung nicht, und darum soll jetzt nicht nur der restliche Teil der Zeitarbeiter entlassen werden, sondern auch ein Teil der Stammarbeiter. Ja, die Reformisten reden diesen Entlassungen zu. So heißt es in dem Artikel der Volkszeitung:

„Zunehmen werden auch, daß die Werkzeugsache zur Zeit bei der Eisenbahn nicht günstig ist. Die Gründe hierfür liegen in der deutschen Wirtschaft und der Politik. Infolge des schiefen Wirtschaftslages sind auf mehreren Dienststellen in Sachsen Personalüberflüsse, und typischerweise lauten Meldungen bei der Reichsbahndirektion über diese Tatsache ein.“

Die reformistische Verbandbürokratie weiß genau so gut wie wir, daß die

Reichsbahn im letzten Jahr Millionenprofite

erzielt hat und daß Dormüller genötigt wird für die Reichsbahnpartei und sonstige der Rationalisierung der Reichsbahnbediensteten dienenden Organisationen zu kämpfen. Die Millionenentlassungen der Zeit- und Ausschüßarbeiter bei der Reichsbahn, die Zwangsurlaubung der Stammarbeiter und deren Verleumdung an andere Dienststellen sind die Auswirkungen der von Dormüller mit Unterstützung der Scheffeleute betriebenen Rationalisierung. Wie sich diese Rationalisierung auswirkt, zeigt ebenfalls die Personalüberflüsse der Reichsbahnarbeiter, andererseits die enorme Zahl der Betriebsunfälle.

So liegt die Verluste der Eisenbahner vom Jahr 1928 von 103 auf 109 im dritten Quartal 1929. 130 Tote im Jahr 1929

sind weiter die Folgen Dormüllerscher Rationalisierungs-politik

Weißt Solidarität mit den Hartmannsdorfer Textilarbeitern! Zeichnet auf die Listen der ZVD!

Wutig und entschlossen streiten die Textilarbeiter der „Kornika“ in Hartmannsdorf seit 9 Wochen gegen einen 37prozentigen Lohnabbau. Seit Jahren haben die Textilarbeiter in Sachsen keine Lohnmehrung erhalten. Im Gegenteil, Absenkungen und betriebliche wurden Kürzungen der Löhne bis zu 25 Prozent vorgenommen. Auf höchste gesteigerte Nationalisierung und Antreibsel auf der einen Seite Entlassungen und Kurzarbeit auf der anderen Seite, machten der Gehalt der Beschäftigten ein Ende. In vielen Betrieben brachen gegen den Willen der Reformisten Kämpfe aus.

Doch die Unternehmer brauchen zur Durchführung des Programm, zur Sicherung ihres Profites Ordnung und Ruhe! Ihre Profitgier kennt keine Grenzen, und wenn ihr Weg über Leichen führt! Hartmannsdorf beweist das.

Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendliche! Mitglieder und Freunde der Internationalen Arbeiterhilfe unterstützt die Hartmannsdorfer Kämpfer, zeichnet auf die Sammellisten der ZVD! Ermöglicht dadurch außer den bisher durchgeführten Lebensmittellieferungen die notwendige weitere Aktion!

Steht weiter vor! Werbt Mitglieder, schafft in jedem Betrieb eine Betriebsgruppe! Tausende werden in dieser Situation die Notwendigkeit der Gewerkschaften des Kampfes des Proletariats begreifen und sich einschließen! Organisiert gemeinsam mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition Betriebsversammlungen! Nehmt Stellung zum Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition und an (endet Delegierte!)

Am 20. Januar fanden nun, wie die Volkszeitung berichtet, zwischen der Reichsbahndirektion und der Personalverwaltung Verhandlungen über die Frage der Entlassungen statt. In denen festgelegt worden sein soll, daß keine Stammarbeiter zur Entlassung kommen, sondern

nur eine Umgruppierung vorgenommen wird.

Darin heißt die Demagogie der Reformisten. Sie wissen, daß diese Umgruppierung, wie im Jahre 1923/24, nur dazu dient, die Entlassungen zu verzögern.

Hätten die Reformisten wirklich Interesse an der Nichtentlassung von Eisenbahnern, so hätten sie in der Sitzung des Bezirksbetriebsrats am 18. Januar den Antrag der Opposition zum Inhalt zu machen. Auf Befehl der Bezirksleitung des Einheitsverbandes aber lehnten die reformistischen Betriebsräte die Antrag der Opposition geschlossen ab und erklärten die Dormüllerarbeiten sehr in der Volkszeitung, daß die Antrag der Opposition völlig unbedeutend gewesen seien. Wir veröffentlichten die in der Sitzung des Bezirksbetriebsrats vom dem Genossen Barth vorgelegte Entschließung:

Entschließung

Der Betriebsbetriebsrat nahm in seiner Sitzung am 18. Januar 1930 Stellung zur gegenwärtigen Lage bei der Reichsbahn, insbesondere zu den wichtigsten Personalmaßnahmen der Reichsbahnhauptverwaltung, verbunden mit dem allgemeinen in Vorbereitung befindlichen Verschlechterungen der sozialen Einrichtungen. Der Angriff der Verwaltung gegen seine Arbeiter, sei es in den Fragen des Lohnabwertes oder der Personalverhältnisse, ist ungeheuerlich. Die Maßnahmen der Reichsbahnhauptverwaltung und anderer die Verschlechterung der Reichsbahndirektion Dresden bedeuten nichts anderes, als verheerende Abbauvorrichtungen, angefangen mit Beschneidung und Zwangsurlaub. In Anbetracht der allgemeinen Einlage der Gesamtarbeiterklasse und des Klassenkampfes ist es dem Betriebsbetriebsrat zu dieser Maßnahmen nicht schweigen. Er protestiert ganz entschieden dagegen, daß das Heft der Betriebsbetriebsrat durch solche Maßnahmen noch weitergehört werden soll. Durch Verkürzung der Arbeitszeit unter Ausschlag der Löhne, kann nicht nur ein Abbau verhindert, sondern können sogar Erwerblose beschä-

digt werden. Der Betriebsbetriebsrat richtet an alle Eisenbahner den Appell, ihn in seinem Kampf zu unterstützen und überall in Betrieben und Dienststellenversammlungen zur Lage Stellung zu nehmen.

Das ist eine bewußte Lüge.

Die Opposition ist im Betriebsbetriebsrat durch den Genossen Barth, Dresden, vertreten. Der andere oppositionelle Betriebsrat, Treilchont, Delitzsch, ist auf der Gewerkschaftsopposition. Treilchont wurde vor der Sitzung (Sundtag) von den reformistischen Kollegen bearbeitet, sich der „gewerkschaftlichen“ Disziplin unterzuordnen, andernfalls sein Ausschluss erfolge. Treilchont stimmte dann überhaupt nicht ab, während Gen. Barth für seine Entschließung eintrat. Wir beurteilen das Verhalten Treilchonts aufs Schärfste und werden als Opposition allein in der Lage sein, herabsetzende Bestrafungen in der Zukunft zu verhindern.

Das Verhalten dieses Betriebsrats (Schiff) aber den Betrat der Reformisten in keiner Weise aus der Welt. Und wenn die Volkszeitung am Schluß ihres Artikels schreibt, daß man künftig die Eisenbahner zur Entlassungen zwingen werde, so ist das nur der Versuch, die Eisenbahner einzuschüchtern, um sie von Kampfmaßnahmen abzuhalten.

Gar bald werden die Eisenbahner die reformistische Demagogie erkennen, gar bald werden sie verstehen, wie sich ihre Reihen immer mehr lichten und ein Teil von ihnen in das Erwerbslosenheer eingereiht wird.

Die Eisenbahner werden den Dormüllerarbeiten am besten die Antwort dadurch geben, indem sie in den Betrieben Stellung nehmen zu den Entlassungen und Kampfmaßnahmen beschließen.

Ihre Aufgabe ist, die Front des revolutionären Proletariats zu stärken und dafür zu sorgen, daß jede Werkstatt, jede Dienststelle, jeder Bahnhof, durch

Delegierte auf dem Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Chemnitz

vertreten ist.

Wählt Angestelltendelegierte nach Chemnitz!

Auch die Angestellten gehören in die Front der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

H. W. Der Landeskongreß wandte keine Aufmerksamkeit nicht nur den Industriearbeitern zu. Er zeigte auch die unbedingte Notwendigkeit einer härteren Bearbeitung der Angestellten. Die Revolution des Kongresses legt darüber:

„Ausdehnung der Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf jene Teile des Proletariats, die nicht zur Industriearbeiterklasse gehören und bisher zu wenig durch die revolutionäre Arbeit erreicht wurden: die Millionen Angestellten und Beamten, die auf Grund ihrer Tradition ein besonders günstiges Reformierungsfeld für den Faschismus bilden.“

Der gegenwärtige Stand der Vorbereitungen zum Landeskongreß zeigt, daß dieser wichtige Teil des Reichsproletariats

ist es zuzuschreiben, daß sich die Angestellten noch nicht in die Arbeiterfront einschließen.

Die bevorstehenden Betriebsrätearbeiten zwingen die Arbeiter in den Betrieben erneut zur Behandlung dieses Problems. Die Tatsache, daß im vorigen Jahr manche revolutionäre Mehrheiten im Betriebsrat durch die Verschleierung der Reformisten im Betriebsrat durch Angestelltenvertreter zerstört wurde, muß jeden Arbeiter zur Bearbeitung der Angestellten mahnen.

Auch die Angestellten werden durch Rationalisierungsmaßnahmen härter ausgebeutet. Die hundstausende Angestellte erwerbslos sind, werden die amtlichen Veröffentlichungen nach. Die tausende heillosen gewordenen Angestellte als Proletariatsangehörige und -vertreter ein Hundstausend führen, ist nicht abzutreiben. Massenentlassungen von Angestellten bei der Zusammenlegung der Deutschen Bank mit der Disconto-Gesellschaft lenkte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Lage der Angestellten. Schon oft wurde über die trostlose Lage der Millionen Angestellten gesprochen, zu denen die Angestellten vom 20. Lebensjahre ab gezählt werden. Der DGB ist gegenwärtig wieder dabei, ein Reich für die Arbeiterklasse zu machen, indem er sich nach außen als deren Interessenvertreter aufstellt.

Die Nationalsozialisten versuchen, aus der Erbitterung der Angestellten Kapital zu schlagen. Ein beträchtlicher Teil ihrer Wähler rekrutiert sich aus den Angestellten, die unzufrieden sind mit ihrer Lage. Also muß die Arbeiterklasse auch vom Standpunkt des Kampfes gegen den Faschismus aus den Angestellten die höchste Aufmerksamkeit zuwenden.

Jetzt bieten sich die besten Gelegenheiten für diese Arbeit! In den Kontoren wurden die Angestellten zu schnelleren Arbeitszeiten und zur Überstundenleistung gezwungen, weil Innenminister durchzuführen sind. Die Warenhausangestellten haben den mörderischen Dienst der Weihnachtstage noch nicht im Gedächtnis. „Weiße Wochen“ und ähnliche Hochbetriebsstage stehen bevor. Gerade jetzt muß also die revolutionäre Bearbeitung der Angestellten beginnen. Es gilt, sie für die Wahl von Angestelltenvertretern zu gewinnen. Sie sind der Führung der Gewerkschaftsbürokraten zu entreißen, die, ohne Rücksicht auf ihre Führung nicht die Interessen der Angestellten vertreten.

Auch der Landeskongreß muß von dieser neuen Arbeit Zeugnis ablegen. In den noch bevorstehenden Betriebsräteversammlungen soll die Lage der Angestellten behandelt werden! Besondere Aufforderungen an die Angestellten, Betriebsräteversammlungen zu besuchen, dürfen nicht veräußert werden. Die Arbeiter müssen erkennen, daß hier eine der wichtigsten Vorarbeiten zur Betriebsrätewahl und zur Auslösung von Wirtschaftskämpfen liegt! Sorge deshalb jeder dafür, daß Angestelltendelegierte zum Kongreß gewählt werden!

„Einbruch“ beim DGB in Oels?

Bei der Kreisleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes in Oels in Schlesien wurde eines Tages bemerkt, daß aus der Halle 600 RM an Bargeld und Marken gestohlen worden sind. Die DGB-Presse verkündete, daß es sich um einen Einbruchsbestehende gehandelt habe, die darauf schließen lassen, daß dieser Einbruch dem Sozialdemokratischen Partei aus dem Kreise Oels haben sich nämlich die Taten vollzogen. So wurde dem Lagerhelfer des Konsumvereins in Oels die Unterzeichnung nachgewiesen. Diese Sozialisten, die dort ein Leben führen, das sie jedenfalls dem ehemaligen Atomprimitiven abgesehen haben, den man in Oels den Ruf von Oels nennt. Brauchen natürlich allezeit Gelder. Zu diesen Claqueurs des Klassenkampfes gehörte auch der Kreisleiter vom Deutschen Landarbeiterverband. Die Landarbeiter aus dem ganzen Kreise sind diesem Reiz gegenüber sehr misstrauisch und meinen, daß die 600 RM, die in der Halle der DGB fehlten, jedenfalls auch von dieser Gesellschaft mit verprahlt worden sind.

Kein

Betrieb darf vorhanden sein, der nicht auf dem Landeskongreß vertreten ist. Jeder

Betrieb

der noch nicht zum Kongreß Stellung genommen hat, muß dies sofort tun; denn

ohne

revolutionären Kampf kein Sieg der Arbeiter! Darum wählt

Delegierte

zum Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Chemnitz am 25. und 26. Januar!

nach nicht in die Tat umgesetzt wurde. Es muß deshalb erneut und mit größter Eindringlichkeit auf ihn verwiesen werden.

In den Kontoren der Großbetriebe, in den Banken und in den Warenhäusern der Städte arbeiten tausende Angestellte, die gemäß ihrer sozialen Lage zum Proletariat gehören. Sie sind einer der Teile des Proletariats, die bisher am wenigsten ideologisch bearbeitet und organisatorisch erfaßt worden sind. Selbst die intergewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen: Zentralverband der Angestellten (ZVA) und Bund der technischen Angestellten und Beamten (Eutab) erfassen bisher nur einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz des Angestelltenheeres. Der größte Teil der organisierten Angestellten ist von den offiziellen bürgerlichen Organisationen: Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband (DHB), Gewerkschaftsbund der Angestellten (GWA), Verband weiblicher Angestellten (WVA) erfasst.

Die revolutionäre Arbeiterklasse hat schon oft Klagen über diesen Verhältnisse gehabt. Die Arbeit der roten Betriebsräte wurde durch reaktionäre und reformistische Angestelltenvertreter erschwert und durchkreuzt. Bei Kämpfen schlagen sich die nicht Klassenbewußten Angestellten meist auf die Seite der Unternehmer.

Die Lage wäre wesentlich anders, wenn die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in ihrer Gesamtheit sich mehr den Angestellten zugewandt hätte. Der weitest große Teil der Handels- und Industriearbeiter arbeitet unter den gleichen oder noch schlechteren Bedingungen als die Arbeiter im Betrieb. Wichtig der Überlieferung und den Besonderheiten der Arbeit

Sozialdemokratische Blamage

Großhildersdorf. Die erste Stadtratswahlordnung des neu gewählten Parlamentes stand unter dem Zeichen einer Reihe heftiger Ohrfeigen, die die SPD-Fraktion erhielt. Da die SPD es abgelehnt hatte, für den SPD-Stadtratsvorsitzenden zu stimmen und wir unteren Genossen Kurt Kaufmann vorzuziehen, waren die „aufrechten“ Sozialisten gehörig verärgert. Dazu kam der Vorwurf, daß wir 2 Mandate gewonnen hätten, eins davon von der SPD. Die größte Ohrfeige erhielten sie aber bei der Wahl der Stadträte von den Altkommunisten. Wer nämlich geglaubt hatte, daß die SPD 2 der 4 zu wählenden Stadträte erhalten würde, wurde eines Besseren belehrt. Da unsere Genossen welche Stimmzettel abgaben und die USP drei Stimmen von den Bürgerlichen erhielt (es war ein fein ausgelegtes Spiel der Bürgerlichen und der USP), fiel auf die SPD nur ein Stadtrat, der andere aber auf die USP, die nur 2 Mandate inne hat. Natürlich gab es ein großes Hallo, das sich noch verstärkte, als festgestellt wurde, daß der Sozialdemokrat Gebler nicht einmal für den Vorschlag seiner Fraktion gestimmt hatte, sondern einen unleserlichen Stimmzettel abgab. Natürlich wurde Gebler sofort von seinen Parteifreunden auf den Vorschlagslisten für die Ausschüsse gestrichen, was ihn veranlaßte, eine scharfe Brandrede auf den SPD-Russolini-Boden loszulassen. Gebler wird dafür natürlich über die Klinge springen, und wähle dann auch bei den Ausschüssen hinein-gekommen, und daß obwohl noch zweimal das Los unglücklich für uns entschied. Dieser Ausschluß war den Reformisten natürlich gehörig in die Sinne gefahren und der Berichterstatter hat nur einen recht lendenhaften Bericht zusammengedrückt, der zwar einige Unwahrheiten enthält, aber sonst ausgeben muß, daß die SPD Niederlagen über Niederlagen erlitten hat. Daß die Bürgerlichen und die USP den größten Gewinn von der SPD-Taktik davontragen, darf nicht unberührt bleiben. Es hat sich aber jedenfalls mit aller Deutlichkeit gezeigt, wohin der Kurs der Reformisten geht. Demnach aber lieber jetzt sich der Glaube an die Möglichkeit unserer Behauptungen und die Billigung unserer Stellungnahme durch. Es scheint, daß auch die Großhildersdorfer Arbeiter langsam anfangen...

SPD und USP in gemeinsamer Front mit den Bürgerlichen

Großhildersdorf. Von Seiten der Erwerbslosen lag in der letzten Stadtratswahlordnung ein Dringlichkeitsantrag vor, der die Kollegen veranlassen sollte, sofort mit Arbeiten zur Linderung der größten Not der Ausgesetzten und sonstigen Hilfsbedürftigen zu beginnen. Weiter forderte die kommunikative Fraktion, allen Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen von Seiten der Stadt 50 Prozent zu den Kosten für Miete, Mäher und Vieht laufend zu gewähren. Der bürgerliche Stadtratsvorsitzende Schöne schlug nach der Begründung durch den Vorsitzenden des Erwerbslosenausschusses, Genossen Sammel, vor, den Antrag den üblichen parlamentarischen Weg gehen zu lassen, und sofort zeigte sich das wahre Gesicht der „Altkommunisten“. Auf die Frage des Vorsitzenden über den Antrag unterstüßte, hoben nur die Vertreter der SPD die Hand während die übrigen mühsam still auf ihren Stühlen saßen. Man war schließlich betreten, da eine Anzahl Erwerbsloser auf der Tribüne diesen Verrat am Proletariat mit ansehen konnte. Aber diese Leute wollten und können den Vermin nicht dessen, weil ihnen selbst jedes proletarische Gefühl abgeht. Bei den Erwerbslosen dürften diese Herrschaften schon abgepfiffen haben.

Erwerbslose wählen einen Delegierten zum Landeskongreß der Gewerkschaftsopposition

Großhildersdorf. In einer stark besuchten Erwerbslosensammlung wurde vom Vorsitzenden des Erwerbslosenausschusses auf die Vorgänge der letzten Tage in Hartmannsdorf, Chemnitz, Worms usw. hingewiesen. Mit Absicht nahm die Versammlung von der brutalen Kampfmethod der Polizei Kenntnis. Zur Wahl eines Vertreters nach Chemnitz erklärten die beiden Erwerbslosenausschussvorsitzenden, unsere Genossen Sammel und Kaufmann, daß es ihnen lieber ist, wenn ein Parteilofer oder SPD-Mann gewählt würde, damit sich dieser einmal überzeugen könnte, daß wir nicht aus Vergnügen gegen die Gewerkschaftsbürokratie kämpfen und wo überhaupt die Zerplitterter zu suchen sind. Es wurde mit über 100 Stimmen gegen 2 Stimmen beschlossen, einen Delegierten zu entsenden. Genosse Sammel wurde gewählt. Die Wahl erfolgte dann beinahe einstimmig. Zwei Erwerbslose verhielten sich der Stimme. Es hat sich ergeben, daß die Erwerbslosen von Großhildersdorf nicht gewillt sind, sich dem Esand willenlos anpassen zu lassen. Es wurde weiter beschlossen, daß im Falle einer längeren Verschleppung des Arbeitsbeginns durch die Stadt, vom Rathaus demonstriert werden soll. Die Saat, die die Reformisten gesät haben, geht jetzt auf und trägt ihre Früchte.

Die Arbeiterkammer stehen zur Opposition

Pirna. In der Generalversammlung der KSK Pirna wurde, nachdem einige oppositionelle Genossen in die Leitung gewählt worden waren, folgende Resolution angenommen:
„Die Generalversammlung der Kolonne Pirna ist mit der Ausschlußmethode des Bundesvorstandes nicht einverstanden. Meinungsverschiedenheiten können kein Ausschlußgrund sein. Weiter steht die Mitgliedschaft auf dem Standpunkt, daß die Beschlüsse des Bundeskongresses verbindlich sind und diese von der Kreisvereinsleitung revidiert werden müssen. Die Generalversammlung verlangt, daß alle die Genossen, die aus politischen Gründen aus dem Bund ausgeschlossen worden sind, wieder in denselben aufgenommen werden.“

19 Jahre Zuchthaus für einen Raubmordversuch

Freiberg. Das Schwurgericht Freiberg verurteilte wegen Raubmordversuchs den 22jährigen Kuhmüller Karl Rudolf Herber zu 9 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust und den Kuhmüller Alfred Klose zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust. Die beiden Angeklagten hatten am Abend des 4. November v. J. in Langenrieds bei Hainichen den 22 Jahre alten Schuhmacher Auerbach in seiner Werkstatt mit einem Hells überfallen, um ihn zu berauben. Auerbach erlitt schwere Verletzungen im Genick, durch die seine Arbeitsfähigkeit dauernd gemindert worden ist. Zu der Beraubung des Auerbach kam es nicht, da ein Mitbewohner des Hauses Alarm schlug. Die Täter konnten noch in derselben Nacht gefaßt werden.

Ein riesiger Waldbrand zur Winterzeit

Im Ratswold, an der Bahnlinie Arnsdorf-Pirna gelegen, entstand, vermutlich durch Funkenflug aus einer vorüberfahrenden Lokomotive, in Abteilung 66 ein Waldbrand, bei dem, angefaßt durch den heftigen Wind, eine Fläche von etwa 1,5 Hektar ergriffen wurde. Den Flammen fielen zumeist dürres Gras, Gestrüpp und Nadelbäume zum Opfer.

Martin Andersen Rejs, der bekannte dänische Bauernblinder, sprach in einer Sonderveranstaltung der Dresdener Volkshörsäle über „Was mir der deutsche Geist bedeutet“. Genauer formuliert, sprach er über den betrübenden Einfluß der deutschen Kultur auf die geistige Entwicklung des dänischen Volkes. Die vornehm vorgetragenen Gedankengänge waren zwar von einer ehrlichen sozialistischen Bestimmung getragen, lehnten aber nicht auf marxistischer Grundlage. Später las Rejs eine etwas unklare philosophische Phantasie und eine lehrer besten Erzählungen. Die Passagiere der letzten Tage.

Verantwortlich für Politik: Martin Hoop, für Gewerkschaftliches: H. L. ...

Gerichtsarzt Dr. Oppe vom Münchner Platz

„hilft“ dem Opfer der ärztlichen Kunst des Sozialdemokraten Dr. Esuchen

Das Stellen von Ferndiagnosen (durch das Telefon, durch Brief usw.) und die Fernbehandlung sind bekanntlich in Deutschland verboten. Allerdings nur dann, wenn es der bürgerlichen Gesellschaft in den Kram paßt. Man kann auch anders, sogar von amtlicher Seite; es muß sich nur darum handeln, die „Belange“ des Staates zu wahren.

Wir haben uns mit dem nachfolgenden Fall schon einmal beschäftigt. Es handelt sich um den Kaufmann H. K. aus Dresden, der in der Klinik des Sozialdemokraten Prof. Esuchen in bewußtlosem Zustand am 11. Dezember 1928 eingeliefert wurde und bei dem,

ohne sein oder seiner Chefrau Einverständnis, eine Lumbalpunktion vorgenommen

wurde. Noch heute leidet der Patient an den Folgen dieses unberechtigten Eingriffes und ist vollkommen arbeitsunfähig. Seine vielfachen Einsprüche bei der Abteilung 2 des Innenministeriums blieben ohne jeden Erfolg, ja Herr Minister Kistner verbot am 3. 12. 28 dem mit Recht ungeduldig gewordenen H. K. das Betreten des Ministeriums. Auch der Prüfungsausschuß des Landtages schenkte das Verlangen des K., die Mittel für seine Wiedererholung bereitzustellen, a b und das, obgleich Zeugnisse hervorragender Fachärzte vorliegen, die dem K. den schweren Krankenbefund zusehen und den Verdacht, es handle sich um Syphilis, zurückweisen. Unter dem 8. Juli 1929 schreibt u. a. Sanitätsrat Dr. Löwe, Facharzt für Chirurgie und Orthopädie, Leiter der Staatsanstalt für Frauengymnastik und Massage, wörtlich:

„Der Patient H. K. leidet seit Jahren an einer chronischen Entzündung zwischen den Wirbelskörpern. Häufiglich haben sich die Beschwerden gesteigert. Patient kann jetzt längere Zeit weder sitzen noch stehen...“

In einem weiteren Gutachten vom 8. 8. 29 bestätigt Löwe noch einmal den Befund und verlangt für seinen Patienten dringend physikalische Behandlung und Aufenthalt in Gottschea.

Auch Dr. Popik vom Landesgesundheitsamt ist der Ansicht, daß der Patient im Zaidaner Staatskrankenhaus schwer geschädigt wurde, nur wagt er es als Sozialdemokrat (!) nicht, offen für K. einzutreten und dessen Kampf zu unterstützen. So wurde auch Obermedizinalrat Dr. Oppe zu einem Gutachten aufgefordert. Dieses lieferte er am 4. 4. 29, es trägt die Nummer 8066g. 21/29 und ist 6 1/2 Seiten lang.

Oppe befahl den Mut, diesen schwierigen Fall zu „begutachten“, ohne K. auch nur eine Minute untersucht zu haben!

Die Untersuchung wurde erst später auf Grund einer Beschwerde vorgenommen. Jetzt versucht das Ministerium, den unangenehmen Fall „aus der Welt zu schaffen“ und bietet K. durch ein Schreiben des früheren Ministers Dr. Welt eine Entschädigung in der Höhe von Lage und Scherbe — 306 Mark! K. aber verlangt mit Recht nach wie vor Befristung der fahrlässigen Verletzung und Wiederherstellung der vollkommen untergrabenen Gesundheit. Die revolutionäre Arbeiterkraft heißt seinen Kampf gut, sie wird erneut aus diesem Falle den Charakter der Sozialmedizin erkennen, die nicht dazu da ist, armen, hilfsbedürftigen Proleten zu helfen, sondern die letzten Restansprüche durch ihre „Gutachter“ tätigkeit nimmt und?

die ein willenloses Objekt in der Hand des kapitalistischen Staates ist.

Freitag. Eine öffentliche Versammlung der KSK mit dem Thema: „Der Körner-Prozess“ findet hier am Freitag dem 24. Januar 1930 Uhr in der Alten Post, Deuben, statt. Referent ein Mitglied vom Landesauschuss. Kommt alle! Holt euch Aufführung.

Freitag. Eine KSK-Sammlung für Freitag findet am Montag dem 27. Januar 1930 Uhr in Krilles Gasthof (Freital-Böhlen) statt. Mitwirkung: Rote Kaffee. Eintritt 50 Pf. Erwerblose und Kinder 30 Pf. Genossen, Genossinnen, sorgt für Massenbesuch.

Besitzt Du schon den neuen Liebknecht? Das Fremdwörterbuch des Arbeiters neu erschienen und erhältlich in der Arbeiter-Buchhandlung Viktoriasstraße 21

Samtliche anerkannte Biere importiert frei Haus und Konting Kurt Noack Pirna Dohnaer Platz

Günstig, altbekannte Biere importiert frei Haus und Konting Erwin Hoffmann Pirna Unter Dresden Straße

Alle Lebensmittel billig 6 Prozent Rabatt W. Baega, Pirna

Käse, Butter, Milch, und Quark; diese vier machen stark! Gustav Schuster Molkereiprodukte Heidenau Bahnhofstraße Nr. 38

Kluge Frauen lassen preiswert Gummi-Hülfformer, Leihblinden Gummi-Strümpfe, Kutschelhemd, unisexelbar, Vordrillbänder, Urinale, alle Frauen-Schüler, Mütterstrümpfen, Klysose, Douchen, alle Frauen-Artikel Frau Freisleben Postplatz Pirna: Wallstr. 4 Fachl. Frauenbedarfs Man schreibe auf Pirna Gummi-Freisleben

GUT UND BILLIG

41 moderne Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

GÖRLITZER

Soeben eingetroffen: 1 Waggon **große holländ. Frisch-Eier** in bekannter vollfrischer Qualität Stück nur **16** ¢

Ger. Blut- u. Leberwurst, 1/2 Pfd. 50 ¢	f. Altdeutsche Würstchen, Paar 30 ¢
Kösliner Preßkopf, 1/2 Pfd. 60 ¢	Frische Frankfurter, Paar 45 ¢
Vorzügl. Mettwurst, 1/2 Pfd. 100 ¢	Dresdner Appetiter, Paar 50 ¢
Pommersche Teewurst, 1/2 Pfd. 140 ¢	Aufschnitt-Sülze, 1/2 Pfd. 40 ¢

Hülsenfrüchte, die nährwertreiche Mittagskost der Wintermonate

Weißer Perlbohnen Pfd. 38 ¢	Grüne Erbsen, gut kochend, Pfd. 28 ¢
Gesch. 1/2 Erbsen Pfd. 34 ¢	Neue russische Linsen Pfd. 40 ¢

1a Stücken-Makkaroni, Pfund 45 ¢	Graupen, grobe Pfund 30 ¢
Hartgrieß-Makkaroni, Pfund 50 ¢	Perlgrüppchen Pfund 34 ¢
Hausmacher-Nudeln, Pfund 50 ¢	Weizengrieß Pfund 28 ¢
Eierschnittnudeln, Pfund 60 ¢	Beste Hartgrieß Pfund 30 ¢

Amerikan. Schmalz, Pfund 68 ¢	Echt. Emmentaler Käse 1/2 Pfd. 55 ¢
Ger. Inland-Speck, Pfund 155 ¢	Echt. Edamer Käse, 20% 1/2 Pfd. 22 ¢

Apfelsinen sind billig

Schöne Valencia-Apfelsinen Stück 5 und 8 ¢
Paterna-Blutorangen Stück 10 und 20 ¢
Italienische Mandarinen Pfund 40 ¢
Jaffa-Orangen, kernlos Stück 20 ¢
Rote amerikanische Tafeläpfel Pfund 50 und 60 ¢

Jeden Tag etwas Rohkost!

Auf vorstehende Preise gewähren wir noch Einkaufs-Gutscheine, die am Jahreschluß mit 6% Rückvergütung in bar ausbezahlt werden

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz A.-G.
Zweigniederlassung Dresden

Die Fälschertrompeten

Man hört sie viel von Freiheit sprechen. Doch meinen sie das Vortrompete... Die Fälschertrompete... Die Fälschertrompete... Die Fälschertrompete...

Die Sowjetwährung mußte rutschen. Wenn Falschheit tief in großer Zahl... Man engagierte sich zum Verkauf... Sogar 'nen deutschen General... Man war verflucht in Wagners... Die ersten Scheine stiegen 'raus... Da hat es leider wer verpuffen... Und damit war die Chole aus.

Jetzt sitzt die Bande vor dem Richter. Es herrscht ein jovialer Ton... Drei haben böstliche Gesichter... Was kann da viel poßieren schon?! Na, geht es gegen Kommunisten... Kommt die Justiz reich aus der Kuh... Doch hier, bei Antikollektivismen... Drückt sie heide Augen zu.

Neues zum Weinböhler Sittlichkeitsverbrechen

Weinböhler. Hier erfolgte die Festnahme eines 30 Jahre alten, noch unverheirateten Wäckermeisters, der sich an einer dreizehnjährigen Schülerin vergangen hat. Derselbe wurde am vergangenen Dienstag vorläufig wieder aus der Haft entlassen, da Mordverdacht nicht begründet erschien. Der Wäckermeister lebte aber nicht in seiner Wohnung zurück. Er ließ sich auf der Reichsbahnstraße Dresden-Coswig-Riesch-Meipitz in den Abendstunden des Dienstag von einem Zug bei Niederbau überfahren. Hierbei wurde ihm der Kopf vom Rumpf getrennt. Die Weinböhler Sittlichkeitsangelegenheit wird noch viel von sich reden machen, da noch mehr ehrenwerte Bürger in diesen Stand verwickelt erscheinen als erst angenommen wurde.

Auf der Suche nach den Lohngebläubern

Die Dresdner Kriminalpolizei. Sie scheint sich von ihren Bemühungen nicht viel zu versprechen. Wie uns von einem Arbeiterkorrespondenten mitgeteilt wird, mußte sich das Nationalpersonal des Autobusbahnhofs Strieken gestern einer eigenartigen Prozedur unterziehen. Es mußte, nach den Angaben unseres Korrespondenten, nämlich keine Fingerabdrücke den „Geiseln“ zur Verfügung stellen. Eine eigenartige Maßnahme.

Landestongreß-Delegierte von Dresden!

Reichs reiches die Lenin-Liebhaber-Luxemburg-Rundgebung am Freitag dem 24. Januar 1930 Uhr in der Auotel... Es spricht dort zur Begrüßung der Delegierten ein Vertreter der in Dresden gewählten Delegierten aus den Betrieben und Gewerkschaften.

Alle Dresdner Delegierten fahren am Sonnabend 15.12 Uhr ab Hauptbahnhof. Ausgenommen davon sind die Erwerbslosen-Delegierten. Genaue Mitteilungen siehe Arbeiterstimme am Freitag. Bezirkskomitee der reol. Gewerkschaftsopposition.

Baumeister Wagner — das ist die Wahrheit!

Die Bauarbeiter sind von der Schuld der Fa. Heide & Franke am Loschwitzer Bauunglück überzeugt!

Wir haben in den letzten Tagen mehrmals zu dem Loschwitzer Bauunglück Stellung genommen und nachgewiesen, daß die Schuld am Unfall die Firma Heide & Franke trifft. Die Stadtverordneten beschäftigten sich in ihrer Sitzung vom Montag dem 20. Januar mit dem Arbeitermord. Die kommunistische Fraktion zeigte durch ihre Redner die Schuld der Firma in treffenden Ausführungen.

Der Deutschnationale Baumeister Wagner verurteilte den Anklagen demagogisch entgegenzutreten, in dem er mit lächerlichen Formalisierungen um sich warf.

Unter anderem erklärte er, es sei doch unmöglich zu sagen, eine schwere Lokomotive, die 20 t wiegt, sei von der Ausfachung entfernt, habe, sei Ursache des Unglücks. Dabei hatte Genosse Schneider, ebenso wie wir bei unserer ersten Stellungnahme geschrieben, erklärt, die Stelle für die Baumasse seien 20 t wiegt 20 Zentimeter von dem Rande der Ausfachung entfernt gelegt worden!

In der Stadtverordnetenversammlung nahmen einige Bauarbeiter auf der Tribüne teil. Die Ausführungen Wagners, der erklärte, es gäbe „solche und solche Bauarbeiter“, haben unter der Dresdner Bauarbeitererschaft wegen ihres provokatorischen Tones ungeheure Empörung ausgelöst.

In unserer Redaktion erschienen gestern zwei Arbeiter, die auf dem Loschwitzer Bau beschäftigt sind und behaupteten uns unsere Darstellung. Sie betrafen über

die unverantwortlichen Maßnahmen der Firma Heide & Franke

folgendes:

Arbeitsrichter gibt dem Unternehmer den Zip

Arbeiter, antwortet auf die arbeiterfeindliche Spruchpraxis der Arbeitsgerichte mit Entsendung von Delegierten zum Landestongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Der Tischler Wiegner ist Vorsitzender des Betriebsrates in der Bau- und Möbelfabrikerei Haeber, Köschelstraße. Er ist 32 Jahre alt und unterrichtet im Betrieb dem Gehilfen Meister Schulze. Zwischen beiden kam es öfters zu Reibereien, da Haeber Wiegner in seiner Tätigkeit als Betriebsrat nicht einschränken lassen wollte. Als sich nun gar der Meister vor längerer Zeit erlaubte, einen Gehilfen zu schlagen, forderte der größte Teil der Belegschaft des Meisters fristlose Entlassung, blieb aber auf Hartem.

Widerstand des Unternehmers, der unbedingt dieses „Meisterjuwel“ behalten wollte.

Diesen Standpunkt drückte er auch durch. Man mußte nach einem Vorstand gesucht werden, dem Betriebsratsvorsitzenden aus dem Betrieb zu entfernen! Bald wurde der Vorstand aus gefunden. Ein von ihm angefertigtes Regal sollte „technisch nicht einwandfrei“ angefertigt worden sein. Der Herr „Chef“ erfuhr hieron und er bestand auf die Entlassung. Beim Arbeitsgericht wurde deswegen die Zustimmung hierzu eingeholt, da ja Wiegner angeblich den „gesetzlichen Schutz“ eines Betriebsrates genießt. Der als Zeuge vernommene Meister Schulze erklärte, Wiegner wäre oft, hauptsächlich aber Sonnabends, „mit der Schnapspolke herumgegangen“ und hätte dabei die anderen „Arbeiter von der Arbeit abgehalten“.

Zunächst sind keine Nachkräfte bei der Firma eingestellt! Die Bauarbeiter sind entlassen. Die Folge davon ist, daß die Bauarbeiten nicht einwandfrei ausgeführt werden können. Es ist u. a. zu verzeichnen, daß die im Schacht beschäftigten Arbeiter 1,75 Meter tief ohne Verankerung arbeiten müssen! Wiederholt haben die Arbeiter auf diese unmöglichen Zustände aufmerksam gemacht. Sie wurden aber immer mit der Bemerkung:

„Das hält schon fest.“

abgewiesen. Wenn oberhalb der Ausfachung eine Erschütterung erfolgte, bröckelte die Erdmasse im Schacht nach, so daß immer Einsturgsgefahr bestand. Selbst beim Auswerfen der Erdmassen konnte beim Aufschlag jeder Schaufel Erdbreich eine Erschütterung bemerkt werden.

Weiter mühten die Arbeiter Überstunden leisten, die jeder Bezahlung spotten.

Es ist vorgekommen, daß mitunter 24 Stunden durchgearbeitet wurde.

Das unter eifrigster Förderung der Firma. Daß bei einer solchen Überanstrengung der Arbeiter Unfälle vorkommen müssen, ist klar. Die Firma ist wohl in des Tage, mehr Arbeitskräfte einzustellen, damit nicht Überstunden in unerhörtem Maße geleistet werden müssen, aber sie will das nicht — denn Profit ist alles!

Mit diesen Angaben zweier gut unterrichteter Arbeiter bricht Herr Wagners Feindschaft gegen die Bauarbeiter in sich zusammen. Die Bauarbeiter müssen den kapitalistischen Arbeitermördern und den Beschönigern dieses Systems dadurch antworten, indem sie Delegierte zum Landestongreß der Gewerkschaftsopposition wählen!

Wagners äußerte sich der als Zeuge gebildete Betriebsrat nicht zu danken, daß nicht schon eher zur Entlassung Wiegners geschritten worden sei. Am Tage nach der Lohnzahlung habe er immer schickeln müssen, daß bei Wiegner „eine geringere Leistungsfähigkeit“ vorläge. Auf die Frage des Gerichts, wober das wohl käme, antwortete er trocken: „Das kommt vom Alkohol.“

„Im Wege des Vergleichs verfuhr nun das Gericht um einen Urteilsspruch heranzukommen. Der Unternehmervertreter schneite aber ab, scheinbar war er sich der bevorstehenden Spruchpraxis der Arbeitsgerichte durchaus sicher und rechnete mit einem glatten Sieg.“

Es kam aber anders.

Die Zustimmung zur Entlassung wurde nicht erteilt. In der Begründung wurde ausgeführt, daß das Gericht die vorgebrachten Gründe als „nicht ausreichend“ angesehen habe, Wiegner solle aber diesen Entlassungsantrag des Unternehmers als „ernste Verwarnung“ betrachten. Ein zweitesmal würde bestimmt dem Antrage stattgegeben werden.

Dieses, dem Unternehmer gebührende Stichwort, wird wohl nun bald aufgegriffen werden. Wiegner kann sich jetzt schon ausrechnen, wenn er mit „gesetzlicher“ Zustimmung auf die Straße fliegen wird.

..anregend-diese Kolibri!

Edel von Aroma,
mildfüß von Geschmack,
immer gleich frisch und
dazu 8% länger
als andere



Kolibri

Rund um den Erdball

Zollbehörde vernichtet 5000 Zentner Tabak

weil der Besitzer den unerhörten hohen Zoll nicht zahlen kann — Eine Folge des Tabakzollwuchers

Zu einer ungeheuerlichen probatorischen Maßnahme hat das Kölner Hauptzollamt gegriffen, indem es 250 000 Kilogramm Virginatabak vernichtete.

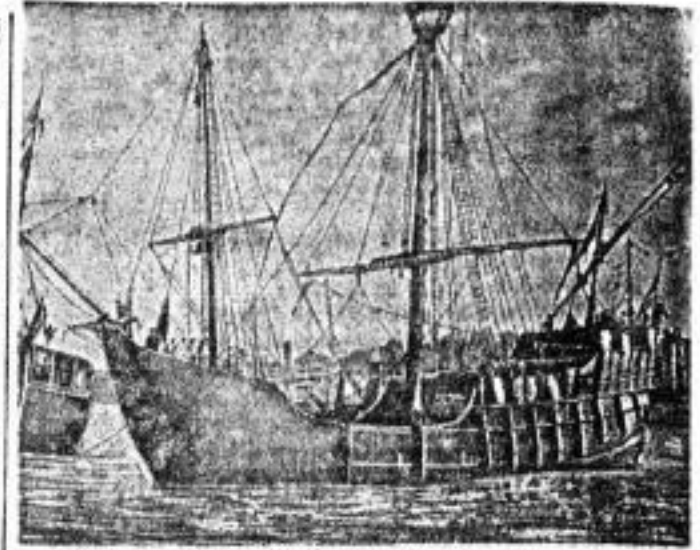
Vor einiger Zeit waren von einem Tabakimporteur in 5000 Kisten eine Viertelmillion Kilogramm Virginatabak über Mainz nach Köln eingeführt worden. Bei der Verzollung entstanden Differenzen zwischen dem Großhändler und der Zollbehörde, die für jedes Kilogramm Tabak die Summe von 75 Mark Zoll verlangte.

Der Händler konnte jedoch diesen Betrag nicht bezahlen und flüchtete. Die Tabakmengen lagerten nun in zehn Waggons verteilt bei einer Kölner Speditionsfirma. Statt nun den wertlos gewordenen Tabak auf einer Auktion zu versteigern, ließ das Hauptzollamt zunächst 1137 Kisten mit 56 850 Kilo-

gramm Tabak durch eine Mälzereiwerkstatt in Merheim vernichten. Der Betrieb der Mälzereiwerkstatt reichte jedoch nicht aus, um auch den Rest des Tabaks zu zerstören. Man ging dazu über, den Tabak in großen Haufen in Kleigruben aufzustapeln, ihn mit Benzin zu übergießen und ihn zu verbrennen.

Tausende von Arbeitlosen, die sich bei ihrer geringen Unterstützung kaum eine Zigarette leisten können, hatten sich bei diesem öffentlichen Zerstörungswerk eingefunden und holten sich unter Lebensgefahr Mengen von Tabak aus dem Feuer. Die Kosten für die Wohnstätte der Zollbehörde belaufen sich bis jetzt auf nicht weniger als 3000 Mark.

Dieser ungeheuerliche Vorfall ist bezeichnend für die Methoden der kapitalistischen Wirtschaft, die ungeheure Werte vernichtet.



Ein gefährliches Manöver

Es herrscht eigentlich, daß Spanien bei der Häufung von Schiffsuntergängen der letzten Zeit jetzt eine Nachbildung der „Santa Maria“, des Schiffes, mit dem Christoph Kolumbus Amerika entdeckte, herstellen ließ, auf dem die bedauernswerten Matrosen Kolumbus' historische Fahrt wiederholen sollen.

Higgins schlägt Booth

Die Millionen der Heilsarmee gehören jetzt dem General Higgins Urteilspruch in London

Nach dem Tode des Heilsarmee-Generals Booth war seinerzeit innerhalb der christlichen Führergarnitur ein erbitterter Streit darüber entstanden, wer sein Nachfolger und damit Verwalter des Millionenvermögens der Heilsarmee werden sollte. Anspruch erhoben der junge Booth und der General Higgins. Von christlicher Demut, bedürfnisvoller Bescheidenheit und anderen Tugenden, die von den gewöhnlichen Himmelskudeln auf den Straßen und Plätzen in höchsten Tönen gefeiert werden, war bei diesem Streitfall durchaus nichts zu merken.

Gestern fand nun vor einem Londoner Gericht die Verhandlung der Klage des Generals Higgins, des jetzigen Leiters der Heilsarmee, gegen die Testamentvollstrecker des seinerzeit

abgestorbenen und verstorbenen Führers auf Herausgabe aller Wohl- tätigkeitsfonds und des „Eigentums“ der Heilsarmee statt.

Das Gericht bestätigte, daß die Wahl General Higgins zu Recht erfolgt sei und verurteilte die Verwandten des General Booth zur Herausgabe des zusammenschmorten Eigentums der Heilsarmee im Werte von mehreren Millionen Pfund Sterling (1 Pfund Sterling gleich 20 M.).

Gottes Segen bei Higgins — Heusen und Zähneklappen bei der Familie Booth! Hindenburg, der ein Freund des alten Booth gewesen ist, soll der Familie sein Beileid ausgesprochen haben.

Die Arbeiter werden sich hüten, für die Sippschaft christlicher Millionäre auch nur einen Pfennig zu spenden.

Schiffe, die nicht untergehen

Die Erfindung eines Monteurs

Der Dänener Monteur Franz Felder hat eine Erfindung gemacht, die weitgehende Beachtung verdient. Es handelt sich um einen Baustoff, der die Tragfähigkeit der Schiffe bedeutend erhöht und sie fast unzerstörbar machen soll.

Bei einer Vorführung, die Felder veranstaltete, wurde ein 60 mal 27 Zentimeter großes Schiffsmodell gezeigt, das eine Last von 120 Pfund trug und, unter Wasser gedrückt, sich stets wieder an die Oberfläche hob. Während ein Holzwürfel von 10 mal 10 Zentimeter unter der Last von Metallplatten im Gewicht von 1 Kilogramm sofort zerbrach, hielt der aus dem Erfindungsstoff hergestellte Würfel die gleiche Last sicher über Wasser.

Der Fall Halsmann

Ein sensationelles Gutachten

Bei der gestrigen Verhandlung gegen den Studenten Halsmann vor dem Innsbrucker Geschworenengericht wurde das Gutachten des Berliner Professors Dr. Rein überreicht. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß Halsmann unmöglich der Mörder seines Vaters gewesen sein kann, da sonst unter allen Umständen an ihm Blutfurien nachzuweisen gewesen wären. Aus dem Befund geht nämlich hervor, daß der ermordete Vater 15 bis 20 Schläge mit einem harten Gegenstand erhalten hat, wobei die Schlagader durchtrennt wurde. Bei solchen Schlägen muß der Täter am ganzen Körper mit Blut bespritzt worden sein. An dem jungen Halsmann waren jedoch keinerlei verdächtige Blutflecken festzustellen. Bei der zweiten Verhandlung hatte das Innsbrucker Gericht die Bezeichnung des Sachverständigen als unerheblich abgelehnt.

Das sensationelle Gutachten rief im Gerichtssaal große Bewegung hervor. Trotzdem hielt der Vorsitzende an dem Gut-

achten der Innsbrucker Gerichtsurteile fest, obwohl dieses längst von allen Sachverständigen als äußerst oberflächlich bezeichnet wurde.

Die Düsseldorf P'ette

Fehlanzeige der Mordkommission

Der Leiter der Untersuchung in den Düsseldorf Mordfällen machte über den Stand der Ermittlungen folgende Angaben: Unklare Arbeit legen wir planmäßig fort. Von unseren Berliner Kollegen haben uns Kriminalrat Gennat und Kommissar Sudorf verlassen. Kommissar Braichowig und Kriminalrat Schneiders vom Berliner Präsidium sind noch in Düsseldorf. Kriminalrat Gennat wird in den nächsten Tagen zurück erwartet. Es liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß wir in unserer Arbeit bald auf den sogenannten „toten Punkt“ stoßen werden. Wir sind augenblicklich in der Verfolgung einer Anzahl von Spuren begreifen, auf die wir sehr viel Hoffnung legen.

Dieser offiziellen Mitteilung der Düsseldorf Untersuchungskommission ist das Eingeländnis einer vollkommenen P'ette. Besonders interessant ist die Mitwirkung des Berliner Kommissars Braichowig, der seinerzeit mit dem Häftling Orloff in enger Beziehung stand. Die deutsche Kriminalpolizei ist wohl in der Lage, Dokumentenfälscher und Spiegle zu beschuldigen, versagt dagegen bei der Aufdeckung schwerer krimineller Bluttaten vollständig.

Leiche im Walde

Nach acht Monaten tot aufgefunden

Der seit Mai 1929 vermiste Oberrealschüler Murrmann, Sohn eines Polizei-Hauptkassierers in Nürnberg, wurde gestern früh von einem Försterlehrling in dem Dickicht eines Waldes bei Almoshof mit einem Schußwunde tot aufgefunden. Neben ihm lagen sein Fahrrad, seine Aktentasche und die Schußwaffe.

Auto-Marxisten

Am 2. Februar findet in den gesamten Feldräumen der Kroll-Oper in Berlin der Auto-Poll des Deutschen Autoclubs statt. Aus der Einladung: Geschlossene Gesellschaft. Das vornehme Berlin. Die Prominenten der Politik, Wirtschaft, des Sports, des Theaters und Films.

An der Tombola kann man Kraftwagen, Seereisefarten, Perlesteppiche und Guldschne auf mehrere tausend Mark gewinnen.

Eintrittspreise: Herrenkarte 20 Mark, Damenkarte 15 Mark, für Mitglieder 12 und 8 Mark. Dazu kommt bei Logenreferierung ein Zuschlag von 5 Mark. Einlaß nur in Gesellschaftsleistung.

Auch einige Namen von Damen und Herren, die am 2. Februar in Gesellschaftsleistung anwesend sein werden, sind bereits bekannt. Die Liste des Ehrenauschusses des Autoalles 1930 weist folgende „Prominente der Politik“ auf:

Staatssekretär Dr. Heßing, Chefredakteur Helmuth v. Gerlach, Preussischer Staatsminister des Innern Erzberger, Oberpräsident Göring, Reichsminister a. D. Dr. Brügel, Polizeipräsident Dr. Weich und — wie könnt' es anders sein! — der ehrenwerte Polizeipräsident von Berlin, Sozialdemokrat Jürgel.

Das ist das „vornehme“ Berlin, in dem die sozialdemokratischen „Prominenten der Politik“ solange ihre Rolle spielen werden, bis die revolutionäre Arbeiterklasse über dieser geschlossenen Gesellschaft von Generaldirektor Dr. Carbe bis Göring den eisernen Vorhang fallen läßt!

Gasod dreier Arbeiter

Tödliche Gasvergiftung bei Erdarbeiten

In Hull (England) erkrankten gestern bei Erdarbeiten 15 Arbeiter an Gasvergiftung. Drei davon fanden den Tod.

Explosion in Lyon

Drei Tote

Gestern nachmittag hat sich in einer chemischen Fabrik bei Lyon eine Explosion ereignet, bei der drei Arbeiter ums Leben gekommen sind.

Frau Neumann von einem Schlaganfall betroffen

Die in der hiesigen Heilanstalt für Nerventränke zur Beobachtung ihres Geisteszustandes untergebrachte Frau Neumann, die sich bekanntlich unter dem Verdacht des Mordes bzw. der Mittäterschaft an dem Mord des Professors Rosen in Untersuchungshaft befindet, hat einen Schlaganfall erlitten. Ihr Zustand ist delirioserregend. Die Untersuchung auf den Geisteszustand der Frau Neumann war abgeschlossen. Frau Neumann sollte gerade wieder in das Untersuchungsgefängnis zurückgeführt werden, als sie erkrankte. Das Ergebnis der Untersuchung ist noch nicht bekannt. Frau Neumann ist das Opfer einer vierjährigen Untersuchungshaft.

Niesenüberschwemmung in Arkansas und Indiana

Einer Meldung aus New York zufolge sind durch das starke Steigen des St. Francis-Flusses in Arkansas und der Flüsse White und Wabash in Indiana und Illinois mehrere Dämme gebrochen. Weite Strecken Landes stehen unter Wasser. Über 1200 Familien wurden gezwungen, ihre Häuser zu verlassen, während 2000 Familien, die vom Wasser eingeschlossen sind, Mangel an Lebensmitteln leiden.

Neue Kältewelle in den Vereinigten Staaten

Der mittlere Westen der Vereinigten Staaten wurde erneut von heftigen Schneestürmen heimgesucht. Das Thermometer ist stark gefallen. Die Wetterwarten kündigen für New York innerhalb der nächsten 24 Stunden starken Schneefall an. Am Dienstagabend lag ein heftiger Schneesturm von den Rocky Mountains über Oklahoma und Texas.

Der König der „Arbeiter“regierung

Der König Georg von England hat zur Eröffnung der Flottenkonferenz eine Ansprache abgelesen, die durch ungeschickte Sender der ganzen Welt verbreitet wurde. Der Inhalt der Rede war ebenso nichtssagend, wie der Zweck der Flottenkonferenz, die nur ein Deckungsmanöver für die gewaltigen Rüstungen der imperialistischen Mächte ist. Der König wird von den englischen Sozialisten MacDonald (rechts) und Henderson bewacht.



Arbeitermord, das ist ihr Metier!

Karl Marx wies darauf hin, welche Bedeutung die Gewerkschaftsbewegung für die Erlösung der proletarischen Massen hat. Er betonte, daß eine Erhöhung des Getreidepreises um 1 Pence (siehe 8 Pfennig) zur Folge hat, daß Tausende von Arbeitern verhungern müssen. Nicht so, daß sie plötzlich sterben, sondern durch die Herabsetzung der Rationen die Lebensdauer des armen Mannes geschwächt. Die Gewerkschaftsbewegung ist die einzige, die die proletarischen Massen in Deutschland weislich leitet. Der „Landarbeiter“, das Organ des DFB vom 11. Januar schreibt dazu:

„In der Tat ist auch bereits ein Hinweis in der Hauptstadt der Weizenpreise zu beobachten. Der Weizenpreis ist gestiegen um 22 Pf. pro Tonne Ende Oktober auf 247 Pf. pro Tonne Ende Dezember.“

Sozialdemokraten selbst also betonen, daß die Zölle eine wesentliche Erhöhung der Preise zur Folge hatte. Es ist selbstverständlich, daß diese Rechte des Finanzkapitals ihre schändlichen Verbrechen an den wertvollen Massen zu verschleiern suchen. Und da lesen wir in demselben Artikel:

„Die Verbraucher haben bei diesem Zölleystem die Gewähr, daß die Getreidepreise gegenüber der Vorkriegszeit nicht in unangemessener Weise steigen können, und daß insbesondere die Getreidepreise nicht über den Durchschnitt der letzten Jahre steigen werden.“

Jedes Wort eine stinkende Lüge. In der Vorkriegszeit kostete das Brot 40 bis 50 Pfennig, für das heute 70 Pfennig bezahlt werden muß und dessen Preis in kurzer Zeit weiter gesteigert wird. Ende 1929 wurde bereits eine Erhöhung der Semmelpreise um 33 Prozent vorgenommen. Die Arbeiter also müssen sich in ihrem Portofolio einschränken. Dazu kommt, daß die übrigen Maßnahmen zur Ausplünderung der Massen eine erhebliche Verminderung im Wirtschaftsgeld des Arbeitnehmers darstellen.

Lohnabbauforderungen der Junter

Die von der Sozialdemokratie unterstützte Hungeroffensive der Junter genügt ihnen natürlich nicht. Die Junter kennen ihre Rechte, und da lesen wir in der Ausgabe des „Landarbeiter“ vom 18. Januar folgende Forderungen der pommerischen Junter:

„Abbau der Vorkasse der Deputierten um 3 Pfennig pro Arbeitsstunde. Das ergibt bei 2000 Arbeitsstunden im Jahr einen Verlust von 60 Mark. Abbau der Vorkasse der Deputiertenfrauen um 2 Pfennig pro Arbeitsstunde. Das ergibt bei 1000 Arbeitsstunden pro Jahr 20 Mark Verlust. Einbehaltung von 2 Junter Prämien, die bisher als Familienzulage gewährt wurden. Den Junter mit 10 Mark Gehalt, ergibt einen Verlust von 20 Mark. Abbau der Vorkasse der Junter um 1 Pfennig pro Arbeitsstunde. Das ergibt bei 2000 Arbeitsstunden im Jahr einen Verlust von 20 Mark. Daneben soll der Junter einen Junter Gehalt weniger bekommen. Verlust gleich 10 Mark. Befreiung der Junter von 25 Pfennig pro Woche und Pferd oder bei 3 Wochen in Höhe von 75 Pfennig. Das ergibt bei 52 Wochen einen Verlust von 39 Mark. Befreiung der Junter von 30 Pfennig pro Tag. Das ergibt bei 30 Erntetagen und 3 Arbeitskräften einen Verlust von 32,40 Mark. Des weiteren soll die Junter für Arbeiten mit Kunststoffeisen um 20 Pfennig pro Tag abgebaut werden. Das ergibt bei 30 Erntetagen einen Verlust von 6 Mark. Rechnet man alles zusammen, kommt ein Gesamtlohnabbau für drei Arbeiterkräfte (Mann, Frau und Junter) von insgesamt 234,40 Mark pro Jahr oder von 32 Pfennig pro Arbeitsstunde heraus. Bei den Junterarbeitern, deren Frauen ebenfalls mitarbeiten, kommt sogar ein Betrag von rund 380 Mark heraus.“

Durch den fortgesetzten Verrat an den Landarbeitern, und die niederträchtigen Liebesdienste des DFB gegenüber den Juntern ist eben eine solche prozontatorische Forderung der Junter möglich. Der DFB hat dies aber nur als ein Beispiel genannt. In anderen Bezirken Deutschlands ist ebenfalls eine Lohnabbauoffensive angelaufen. Die Gewerkschaftsbürokraten verhindern jede Forderung der Junter nicht im einzelnen, um später, wenn eine „Einigung“ auf der mittleren Linie zustande kommt, großmäulig zu betonen, „wir hätten einen Erfolg“.

Die Praxis ist zu bekannt, als daß viele Worte darüber notwendig wären. Die Landarbeiter haben diesen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie, der seit Jahren betrieben wird, mit einer Massenflucht aus dem DFB beantwortet, und heute ist nur ein kleiner Prozentsatz der Landarbeiter gewerkschaftlich organisiert, weil sie den organisierten Verrat der DFB-Bürokratie, der auf gleicher Stufe mit dem der christlichen Gewerkschaften steht, nicht unterstützen wollen.

Dah die Bürokraten nicht wollen denken, die Landarbeiter zum Kampf aufzurufen, ist selbstverständlich. Es wird geschwätzt von der Kurzsichtigkeit der Landarbeiter und darauf hingewiesen, daß bei einem solchen Lohnabbau die Landarbeiter Hunger werden. Dabei verschweigen sie ganz bewußt, daß auf Grund der Erwerbslosigkeitsversicherungsberechtigungen Industriearbeiter und Arbeiter in gewerblichen Betrieben gezwungen werden, zu diesen Hungerlöhnen auf dem Lande zu arbeiten. Diese Politik richtet sich heute schon unerbittlich gegen die Junter. Sie ist faktischer Massenmord, ein qualvoller Verlebensspruch des Industrie- und Landproletariats. Dafür ist die Sozialdemokratie voll verantwortlich, trotz all ihrer Besetzungen und Verschönerungsversuche.

Die Nachtwächter des Truttkapitals

Die Arbeiter denken natürlich nicht daran, Kamm zu werden. Sie führen einen Kampf um Erhöhung ihrer Löhne, um die Verfüllung der Arbeitszeit. Nicht nur die Industrie, sondern auch die Landarbeiter werden aktiv. Sie führen einen immer erbitterteren Kampf um ihre Existenzforderungen. In dem Kampf der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 25. und 26. Januar in Chemnitz fanden auch Landarbeiter ihre Delegierten. Ein Beweis für den steigenden Einfluß der revolutionären Opposition und von dem wachsenden Vertrauen der Arbeiter, die ihre eigene Kraft. Diese Kämpfe der Arbeiter, die ihre eigene Kraft, bedrohen nicht nur den Profit, sondern selbst die Herrschaft der Kapitalisten. Die SPD in ihrer Dienlichkeit ist natürlich bestrebt, diese Kämpfe des Proletariats zu behindern. „Sozialdemokratische Republik“ soll die Arbeiter knebeln und die Führung der Arbeiter, die Kommunistische Partei, unterdrücken. Wir nahmen bereits dazu Stellung. Wie die sozialdemokratische Presse dazu beiträgt, den Vorwand für Sozialisierung konterrevolutionäres Geiz zu liefern. Nach dem Rezept des „heiligen“ Reichstagenverbandes aus der Vorkriegszeit werden jetzt bürgerliche Artikel gegen die Kommunistische Partei in der SPD-Presse veröffentlicht. In der Reichstagen-Vollversammlung, die der Giftschale am Bettierplatz in nichts nachsteht, wird gebrüllt:

„Denn das, was sich jetzt in Deutschland abspielt, ist die Ausföhrung eines Befehls der Kommunistischen Internationale durch die deutschen Kommunisten. Die russische Politik braucht kommunistische Aktivität außerhalb der Grenzen Sowjetlands. Das Stalinregime hat Russland in eine schmerzliche Krise getrieben, also müssen deutsche Arbeiter werden als Opfer für Moskau sterben.“

Man hebt, es machen es sich leicht. Der primitive Nationalismus dieser sozialdemokratischen Verbrecher am Proletariat kann aber nicht über ihre Blutschuld hinwegtäuschen. Niemand wird auf diese Lügenbanne hereinfallen, und wenn das Blatt weiter geht:

„Sie schücheln sich hinter der Pressefreiheit, die geschändet wird, wenn sie sich mit der Freiheit und dem Verbrechen paart.“

So kommt darin klar zum Ausdruck, daß dieses Schandorgan nichts anderes fordert als die Beilegung der kommunistischen Presse, wie sie in dem Antikommunistengesetz Sozialisierung vorgesehen ist.

Das sozialdemokratische Subelblatt aus der Oberlausitz gerichtet natürlich auch den Befehlen des Parteivorstandes, die dahin gehen, die Feste gegen die Kommunistische Partei zu leigern, weil sonst die Gefahr besteht, daß in kurzer Zeit die Massen mit der Kommunistischen Partei für ihre Existenzforderungen kämpfen werden, wodurch die Herrschaft der Bourgeoisie selbstverständlich gefährdet wird. Die 300.000 Stimmen und Wähler der konterrevolutionären SPD würden naturgemäß mit der Beilegung des sozialistischen Spielfeldes ebenfalls verwinden. In der Freitag-Ausgabe der Oberlausitzer Volkszeitung wird gebrüllt: Die Wälfen der Kommunisten. Wir haben schon gesagt, wer die Massen in den Hungertod treibt, und somit dargestellt, daß es absolut notwendig ist, den Kampf um die Erlösung der Arbeiter aufzunehmen. Wenn diese Subjekte in der sozialdemokratischen Presse unter demselben Gesichtswinkel gegen die Kommunisten gehen wie der Volksminister des Bürger-Kammer-Blods, so erweist sich für jeden denkenden Arbeiter daraus, daß die sozialdemokratische Presse genau so arbeitert wie die Regierung der schändlichen Industriellen. Der Zweck ihrer Kommunistenpolitik ist allein, die Arbeiter vom Kampf abzuhalten, damit die Proleten durch den Hungertod des sozialdemokratischen Steuer- und Justizapparates zu werden. Alle Regier werden gezogen, die in diesem Verbrechen der Vorkriegszeit aus der Kampfkammer der finsternen Reaktionen werden von der SPD-Presse vorgegriffen. So schreibt dieses schändliche Blatt aus der Löbauer Promenadenstraße:

„Zunächst. Sie brauchen weder Gefängnis noch Patronen in Händen. Sie rufen aus, sobald es ernst wird und sie ihren Mann stellen sollen. Sie besitzen sich längst unter dem Schutz von Moskau, jenseits der deutschen Grenze, wenn sie für das Blut, das auf ihr Konto fällt, zur Verantwortung gezogen werden sollen.“

Das lagen die Räuber Karl Piebnecht und Rosa Duzenburg. Das lagen die Räuber von 15.000 massakrierten Proletariats in Deutschland. Das lagen die Organisatoren der kommunistischen Verbände, deren Finger vom Arbeiterblut triefen. Wer sind diejenigen, die an der Spitze der heillosen

Reiht die Proletarierinnen ein in den Roten Frauen- und Mädchenbund!

Resolution der Gaukonferenz des Roten Frauen- und Mädchenbundes am 10. Januar in Dresden

Die Gaukonferenz des RFBM beschloß alle Genossinnen auf den Ernst der politischen Lage und die rasche Ausprägung des Kampfes hin. Am den Vorschlag auf die Schultern der Arbeiter abzumähen, um die Profite noch mehr steigern zu können, haben die Unternehmer immer frecher vor. Sie führen eine weitere brutale Nationalisierung durch, die hunderttausende Arbeiter brotlos macht. Als auf die Hälfte werden die Belegschaften reduziert, die das Doppelte und Dreifache produzieren müssen. Das Unterelbsterien und Heftem in den Betrieben wird ins Unerträglichste gesteigert, die Arbeitszeit wird verlängert, die Löhne sinken und die Teuerung steigt. An Stelle der gelehrten Arbeiter werden Frauen in die Betriebe hineingepusht, sie kämpfen für Hungerlöhne. Besonders in der Textilindustrie haben wir eine ungeheure Ausbeutung der Arbeiterinnen, aber nicht minder die Ausbeutung in der Metall- und Tabakindustrie.

Die Sozialistinnen stimmen allen Entlassungen, vor allem Entlassungen verheirateter Frauen zu, die Erwerbslosigkeit wächst ins Riesenhafte. Die Unterelbsterien, sowie Sozialfürsorge überhaupt, wird unter aktiver Mitwirkung der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie abgebaut. Den verheirateten Frauen wird die Unterstützung ganz geraubt. Die aufmerksamen Hungernden werden mit blauen Beinen von den sozialistischen Parteimitgliedern niedergelassen.

Die Sozialdemokratie, die auf Geheiß und Verberb mit dem Unternehmertum verbunden ist, wird alle Lohnforderungen der Arbeiter unterbinden, alle Kampfschritte abwürgen. Es gilt deshalb, härter als bisher den Kampf um Lohn und Brot zu organisieren.

In den Betrieben führen die Faschisten einen immer härteren Terror durch und versuchen, mit Werkspott und schönen Versprechungen die Arbeiter einzulagern. Wir müssen deshalb unseren Reichstag vom Reichstagsgebäude mit größter Kraft durchführen, müssen Betriebsgruppen aufbauen, um die Arbeiterinnen zu schulen, um sie in den Kampf um Lohn und Brot einzureihen, sie den Forderungen der National- und Sozialistinnen zu entziehen.

Schafft das enge Bündnis mit den Delegiertenverfassungen und führt ihre Beschlüsse durch. Keine Betriebsräte müssen wir schaffen! Wir müssen die Interessengruppen der Arbeiterinnen in den Betrieben werden!

Kommunistischer Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes

Die Sozialistinnen verhindern die Beratung

In der Dienstaufsicht des Landtages forderte der Genosse Sobotta sofortige Stellungnahme des Landtages zu dem von Genossin über Dresden verhängten Belagerungszustand. In dem scharf formulierten Antrag, der von der kommunistischen Fraktion dazu eingebracht wurde, heißt es: Die Arbeiterklasse soll durch diese unerhörte Beeinträchtigung ihres Rechtes auf öffentliche Beibringung ihres Willens erreicht werden, um der öffentlichen Beibringung zu demselben Einverständnis zu geben. Dadurch soll freie Bahn zur Aufhebung der nach der Diktatur geschaffen werden, unter deren Schutze das Schwerk- und Finanzkapital seine Ausplünderungspläne gegen die Werttätigen auszuführen gedenkt. Die Arbeiterklasse wird sich in ihrem revolutionären Kampf gegen die Ausbeuterklasse durch kein aus Angst gebornenes Demonstrationsoffizier aufhalten lassen. Die Kommunisten wissen, daß die bürgerlichen Parteien einverstanden sind mit dem sozialistischen Demonstrationsoffizier, nur um das auch öffentlich vor dem Parlament festzustellen, beantragen sie: Das Demonstrationsoffizier und Versammlungsoffizier ist sofort aufzuheben.

Genosse Sobotta begründete die Dringlichkeit der Stellungnahme des Landtages mit den täglichen Terrorakten der Polizei. Dafür wurde er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Die sofortige Beratung des Antrages wurde durch Widerstand der sozialdemokratischen Fraktionsoffiziere zurückgehalten, verweigert.

Kämpfe des Proletariats in Deutschland seit 1918 haben? Das waren Kommunisten, Kommunisten sind in den Gefängnissen der deutschen Republik jahrelang gemartert worden. Kommunisten werden von dem Straßensaal des Reichsgerichts abgeurteilt und in die Katakomben des Truttkapitals gemorren. Kommunistische Funktionäre werden in den Straßen Deutschlands niedergeschossen von der Polizei, an deren Spitze Sozialdemokraten stehen. Das sind Tatsachen, die diesen von Arbeitern besetzten Reichstag nicht zu widerlegen vermögen durch ihr soziales Gesetz über „Freiheit“ der kommunistischen Funktionäre.

Die Proletarier aber erkennen immer mehr, daß es den sozialdemokratischen Anzeichen der Bourgeoisie nur darauf ankommt mitzugehen aus den reichen Reichstagen der Ausbeuter mitzuführen an dem Profit, der aus den Knochen der Massen herausgepreßt wird. Die frenetische Kommunistenpolitik der Sozialistinnen ist also durchaus begründet. Die Schamröte steigt einem Arbeiter, der es ehrlich meint mit dem Kampf um die Interessen seiner Klasse, zu Gesicht, wenn sich erbärmliche Schurken sich noch als Arbeitervertreter aufspielen, die heute nur Bekanntheit mit den Gefängnissen der Republik machen, die selbst vom Standpunkt der Bürgermoral als hinfübe Korruptionen gelten werden. Der Skandal-Verfall, die Korruptionsschweine, Herr Rahm in Freital und die ungeheuren Unterschlagungen von Proletariergeldern in den Gewerkschaften, im Verband der Freiberger und Feuerbeibringung sind nur Beispiele, die die Sozialdemokratische Partei durch und durch verurteilt ist, der angehörend die größte Schande bedeutet. Wer vom Kapitalismus nicht stirbt, daran. Die Arbeiter werden sich durch die fanatische Hege der sozialdemokratischen Schandblätter nicht beirren lassen.

Kot leuchtet das Banner, das uns die Weiten der Arbeiterklasse, Karl Piebnecht und Rosa Duzenburg, Marx, Engels und Lenin über den kämpfenden Proletariatsmassen voranzugleiten. Die Kommunistische Partei hat das Erbe der Mittelklasse angetreten und in erbitterten Kämpfen mit den konterrevolutionären Kräften in Deutschland, von denen die Sozialdemokratie einer der wichtigsten Teile ist, den Beweis erbracht, daß sie gegen den Verrat unserer Massen ihre Pflicht erfüllt. Wenn August Bebel, der erste Führer des deutschen Proletariats, betonte, „so lange wie noch ein Tropfen Blut in meinen Adern fließt, bin ich der Tobelind der bürgerlichen Klasse“, so können wir mit Stolz hervorheben, daß die Kommunistische Partei die treue Hüterin des Erbes der Weiten aus den Reihen des Proletariats ist, daß die schändliche Hege der Sozialistinnen an der Kommunistischen Partei abgelehnt. Das Proletariat wird unter Führung der Kommunistischen Partei siegreich sein, trotz allem. Den Schmierjungen aber legen wir: Das victis! (Wehe den Besiegten!)

Wir wählen Delegierte zum Kongreß der Gewerkschaftsopposition am 25. und 26. Januar in Chemnitz und wollen seine Kampfbeschlüsse mit durchführen!

Die proletarischen Hausfrauen, die durch Mietwucher und Teuerung vom Elend am härtesten getroffen werden, wählen mit in den Kampf zur Verbesserung ihrer Lebenslage eingereicht werden.

Als Wehrorgan der proletarischen Mädchen und Frauen gilt es, bei allen Lohnbewegungen, überall dort, wo Frauen im Kampf stehen, durch Verwirklichung von besonderen Abteilungen, zur Abwehr von Streikbrechergruppen den Streikenden zu helfen. Hierbei rufen die Kapitalisten und schändlichen Mäde für den Aufbau der Imperialisten, gegen die Sowjetunion und zur Wiederherstellung des revolutionären Proletariats.

Die bürgerlichen Frauenorganisationen erleben ihre Mitglieder zum „Durchhalten“ und die sozialistischen Organisationen lehren sie schücheln, machen sie wehrhaft für das Kapital, mißbrauchen sie für die Interessen des Geldes. Die Sozialdemokraten, die wie 1914 mit dem Bürgertum durch die und durch gehen, wollen die Frauen einschüchtern und vertreiben sie auf bessere Zeiten.

Dem jenen wir entgegen die Aufführung der Arbeiterfrauen über die mahren Ursachen des Krieges und lehren sie, mit revolutionären Methoden gegen den imperialistischen Aufbau zu kämpfen.

Der ungeheuren Hege der Sozialistinnen und des Bürgerkrieges gegen die revolutionären Organisationen, die Kommunistische Partei und die Sowjetunion, beantworten wir mit unserem Treuehau zur Sowjetunion.

Wir begrüßen den gigantischen Aufbau des Sozialismus und erneuern unter Gelächern, das Vaterland aller Werttätigen mit unserem Blut und Leben zu verteidigen.

Verhärte entgegen den imperialistischen Kampforganisationen des Kapitals, den sozialistischen Wehr- und Frauenorganisationen die Wehrorganisation der proletarischen Frauen, den Roten Frauen- und Mädchenbund!

Erweitert die Reihe der hartnäckigen Textilarbeiter! Wie am 1. Mai in Berlin, bei Streik, im Frühjahr und in allen Ländern die Frauen mit an erster Stelle kämpfen, so müssen wir weiter an vorderster Stelle stehen!

Die werttätigen Frauen müssen Soldaten der Revolution werden.“

Republikanischer Justizskandal

Prozeß gegen Revolutionäre unter Ausschluß der Arbeiteröffentlichkeit

Dresden, 22. Jan. (Eig. Dreibert.) Vor dem Schöffengericht fand gestern ein Aufrührerprozeß gegen 6 Genossen, darunter ein Redakteur der Schließlichen Arbeiterzeitung, statt. Die Dresdener Arbeiterklasse hatte sich zu Beginn des Prozesses vor dem Gerichtsgelände versammelt. Die Verhandlung sollte im Schöffengericht des Schöffengerichts stattfinden. Mächtig adnete der Vorhang des Gerichts an, daß die Verhandlung in einem kleinen Saal stattfinden sollte, um zu verhindern, daß die Arbeiter als Zuschauer an der Verhandlung teilnehmen konnten. Die unter Anführung lebenden Genossen weigerten sich, unter diesen Umständen im Verhandlungssaal zu erscheinen. Daraufhin beschloß das Gericht, die Genossen sofort zu verhaften und gewaltsame Vorführung zu veranlassen. Die als Zeugen geladenen Schuppeligen fielen darauf über die Genossen her und schleppten sie mit Gewalt in den kleinen Verhandlungssaal. Die Erregung unter den Arbeitern steigerte sich ungeheuer, und sie versuchten, in das Gerichtsgelände einzudringen. Daraufhin wurde Polizei alarmiert. Mit Gummiknüppelstößen wurden die Straßen geläubert und das Gerichtsgelände polizeilich abgeperrt.

Der Prozeß fand nunmehr unter Ausschluß der Arbeiteröffentlichkeit statt. 2 Genossen wurden zu 10 und 6 Monaten Gefängnis und einer zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Die übrigen mußten wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden.

Reformistische „Glac“ löbte abgeblüht!
Wählt in allen Ortsgruppen Delegierte zur
Konferenz der Freidenkeropposition

„Großpolen“ Wir haben schon berichtet, daß in der Generalversammlung der SPD die Opposition alle Funktionen belegen konnte. Man hatte nun angenommen, daß die abgeleiteten Sozialdemokraten ordnungsgemäß die Leitung des Ortsgruppenmaterials übernehmen. Aber die Sozialdemokraten kennen keine proletarische Demokratie, und so weigerte sich der Kassierer, die Ortsgruppenkasse an den neugewählten Kassierer zu übertragen. Dieser Konfliktsozialist erklärte, daß er von einer höheren Instanz beauftragt worden sei, die Kasse unter allen Umständen zu behalten. Die Mitglieder, die in der Mehrheit zur Opposition stehen, waren über eine solche Maßnahme empört und verlangten, daß die Bezirksleitung entscheiden solle. Aber der Bezirksvorstand konnte kein Mandatwort in so einem skandalösen Verfahren aussprechen, da ja dieser Kassierer ein treuer Verteidiger der Konföderation und Spaltungspolitiker war.

trotzdem der Bezirksvorstand erklärte, daß noch Gelder vom Sachientreffen 1927 und auch noch Freisüren abzurechnen seien.

Es war nicht festzustellen, welche unaußere Verbandsinstanz die vertrauliche Anweisung auf Nichtberücksichtigung der Kasse gegeben hatte, aber die Mitglieder haben sich das Recht gedacht. Eine Mitgliederversammlung, die den nächsten Besuch auszuweichen hatte, sollte nurmehr in dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Flach sowie Redwig (Baugen) waren erschienen und verlangten Wiederholung einer Generalversammlung. Auch was in dieser Versammlung ein ausgedehnter Referent zum offiziellen von der Ortsgruppenleitung geladen, der das Thema Kulturreaktion behandeln sollte. Natürlich konnte Flach und Redwig eine solche offene Diskussion über ihren Verrat nicht dulden und beantragten deshalb, daß Genosse Schierack nicht sprechen darf.

Die Abstimmung ergab jedoch eine völlige Niederlage. 13 Konföderanten verließen die Versammlung.

Nachdem Flach eine provokatorische Erklärung abgegeben hatte, er sagte: Seine Mission habe sich nunmehr erledigt. Er wird dem Hauptvorstand berichten, daß ein Unzufriedenheitsreferat in dieser Versammlung sprechen durfte, und was dann mit der Ortsgruppe geschieht, das dürften sich die Mitglieder denken. Das brachte die Mitglieder in Empörung und es wurde eine Entschließung angenommen, die dem in der Generalversammlung gewählten Vorstand das volle Vertrauen ausspricht. Auch wird der Vorstand beauftragt, sobald Ausschüsse oder Kommissionen der Ortsgruppe vom Bezirksvorstand vorgegeben werden, die Gruppe einheitlich und geschlossen im Sinne der Freidenkeropposition weiterzuführen.

Eine Untergruppenversammlung für die vollkommene Solidarität mit dem Gruppenvorstand brachte 28 Untergruppen. 28 Mitglieder verpflichteten sich, in allen Fällen mit der alten Leitung zu kämpfen. Auch wurde noch festgestellt, daß noch 15 oppositionelle Genossen nicht anwesend waren, so daß damit zwei Drittel der Ortsgruppe fest hinter der Opposition stehen.

Zwei Delegierte zur Bezirkskonferenz der Opposition am 2. Februar wurden gewählt. Die dazu vorgenommene Sammlung brachte 10,60 Mark auf.

Der erste Durchbruch im US Baugen ist damit geschehen. Die übrigen Ortsgruppen müssen die letzten Tage bis zum 2. Februar noch ausmachen und in allen Mitgliederversammlungen Delegierte zur Oppositionskonferenz am 2. Februar wählen.

Wieder Anklagen der Arbeiterstimme bekräftigt!

Der Schachtelsturz in Pirna vor Gericht
Königso Schuld einwandfrei nachgewiesen — aber
ein mildes Urteil!

Dresden, 23. Januar.
 Am 7. September d. J. ereignete sich in Pirna bei Ausschüttungs- und Kanalarbeiten, die der Baumeister Hugo Königso im Auftrag und für Rechnung der Stadt Pirna ausführte, ein bedauerlicher Unfall. In der damals noch im Bau begriffenen Straße

stürzte plötzlich die weiltliche Grabenwand auf einer Strecke von 10 Meter ein.

Dadurch wurden zwei in einer Tiefe von 2,25 Meter beschäftigte Arbeiter verschüttet. Einer von ihnen, namens Bepol, kam mit geringfügigen Verletzungen davon. Sein Kollege, der 39 Jahre alte Emil Max Hartlieb, konnte nur als Leiche geborgen werden. Gegen Baumeister Königso wurde ein Strafverfahren eingeleitet und Anklage wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung erhoben. Nach den Befundungen des Tiefbauinspektors soll

die Einschaltung der Seitenwände pflichtwidrig unterlassen worden sein, weshalb die ungenügend gesicherte Schachtwand eine größere Strecke zum Einsturz kam.

Am Mittwoch hatte sich der beschuldigte Baumeister vor dem Gemeinlichen Schöffengericht Dresden zu verantworten. Er erklärte, er fühle sich nicht schuldig. Seinen „Angehörigen“ wäre keine Folge geleistet worden. Das Gericht hörte jedoch Klärung der Schuldfrage acht Zeugen und zwei Sachverständige. Stadtbaumeister Schmidt bekräftigte Baumeister Königso's Aussage. Dieser wußte nach den geltenden Vorschriften im vorliegenden Falle bei Erzielung einer Tiefe von 1,20 Meter unbedingt mit den Verankerungen beginnen.

Nichts wäre aber geschehen. Es liege eine große Pflichtwidrigkeit und Fahrlässigkeit vor.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte die Bestrafung des Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung mit einem Jahre Gefängnis. — Das Gericht verurteilte Baumeister Königso wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung zu sieben Monaten Gefängnis.

Wir kommen noch auf das Urteil zu sprechen.

Die SPD läßt ihren Ministerialratsgenossen Dr. Mater nicht fallen!

Gegen den Ministerialrat Dr. Mater vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium wurde, wie wir berichteten, ein Disziplinarverfahren eröffnet wegen der bekannten Vorkommnisse in der letzten Landeswahljahre in Sachen Seidemannsängern, Sächsischer Schwimmkreise usw. Vieh schon dieses Verfahren verläuft lange auf sich warten, so hat die Partei des Herrn Mater ein noch viel dickeres Fell als die Behörden. In der „Arbeiterwohlfahrt“, Heft 2, vom 15. 1. 30 lesen wir, daß zum Reichstagenantritt der sozialdemokratischen Arbeiterwohlfahrt Ende Februar in Berlin ausgerechnet dieser Dr. Mater zum Referenten über „Fragen der Wohlfahrtspflege“ ausersehen ist. Der rechte Mann am richtigen Platz! Was aber sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zu einer solchen Politik ihrer Parteiobrigkeit? Sie müssen endlich einsehen und erkennen, daß die SPD die Partei der Korruption ist, daß in ihr seit vielen Jahren jede proletarische Ehrlichkeit und Anständigkeit, jedes Gefühl für Gerechtigkeit verlorengegangen ist. Der Fall des Dr. Mater muß den sozialdemokratischen Arbeitern Sockeln die Augen öffnen, er muß sie auf den Weg zur kommunistischen Partei drängen.

Für wenige Pfennige

muß man heute kaufen können, denn die Haushaltsmittel sind knapp. Der GEG-FLEISCHWARENFABRIK ist es gelungen, vorteilhaft größere Mengen Rohmaterial zur Herstellung von Dosen-Leber- und Blutwurst zu beschaffen. Sie ist daher in der Lage, diese Dosenwurst in der allgemein als vorzüglich bekannten Qualität wesentlich im Preise herabzusetzen. Ihr Urteil wird wie das unsere ausfallen:

Außergewöhnlich billig und dabei ein guter, schmackhafter Brotaufstrich.

Leberwurst 65 Pf.
 in der Dose, 400 g

Blutwurst 70 Pf.
 in der Dose, 400 g



Abgabe nur an Mitglieder
Konsumverein
VORWÄRTS

Morgen Freitag, den 24. Januar 1930
Eröffnung unserer Fleischwaren-Verteilungsstelle 17
Dresden-N., Bürgerstraße 50

Es stehen vielen Mitgliedern für ihren Fleisch- und Wurstwarenbedarf schon längere Zeit Sonder-Verteilungsstellen zur Verfügung. Alle geben sie uns durch stärkste Inanspruchnahme dieser Fleischwaren-Verteilungsstellen den gültigsten Beweis für die Güte und Billigkeit des von uns Gebotenen. Wir freuen uns, mit einer weiteren Eröffnung wieder einem größeren Kreise unserer Mitglieder diese Vorteile bieten zu können. Wir laden alle Verbraucher herzlichst zur Besichtigung ein. Abgabe von Fleisch- und Wurstwaren nur an Mitglieder

Konsumverein
VORWÄRTS

Berufskleidung
 Schöneberg, Berlin
 Malerstr. 10
 Geroldstr. 10
 Bismarckstr. 10
 Unter den Eichen
 Postweg 10
 Rosenthaler Str. 10
 Jägerstr. 10
 Tietzstr. 10
 Tietzstr. 10
Ernst Klaar
 Lilienstraße 28
 Ecke Josephinenstraße
 Nähe Christenkirchstraße
 Telefon 7 10 15 24

Schneiderei, Schneiderei,
 Kfz-Reparatur, An-
 ziehhilfen, Wäsche-
 Nacharbeit, Bettwäsche
 Netz, Federbett, Kleider-
 schraab, Vertiko, Kommode
 Reimarbeit, mit Maßarbeit
 zu verk. Palmstr. 31, part.
 Evertstr. 10, 11, 12, 13

billig
FELLE
 Fleischwaren
 Leberwurst, Blutwurst

Empfehlung
Fleisch- und Wurstwaren
 in bekannter Güte
Rud. Ebersbach
 Kolonnenstr. 10
 Heidehaus, Telefon 823

il. Fleisch- und Wurstwaren
 emp. 1. Klasse
Paul Seifert
 Niederschütz
 Tietzstr. 10

Burgschänke
Dohna
 empfiehlt seine Lokalitäten
 und Pensionen zur Abhaltung
 von Sommerfesten
 Jeden Sonntag öffentlich
 (Bil.)
 Verbandszugehörigkeit

Durch
 ständiges
 inserieren
 dauernder
 Erfolg
 Der
 Vertreter der
 Arbeiterstimme
 verlangt man
 unter Nummer
17259

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
 Richard Noack
 Fleischmeister
 Döberritzsch 24

Wollfries
 Plättchenbezüge
 Zugluftabschleifer
Ewald Kluge
 Pirna, Langestraße 17

ff. Fleisch- und Wurstwaren
 empfiehlt
 Fleischmeister
Willy Simmchen
 Heidehaus, Dresdner Str. 19

Erstklassige
Fahrräder
Mäntel
Schilfische Ketten
Pedale
Lampen
 sämtl. Fahrrad-
 Zubehör
 kauft man am
 besten bei
Max Schäfer
 Pirna, Schösserg. 3

